

# Stenographischer Bericht

## 45. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 4. Dezember 1998

### Inhalt:

#### Personelles:

Entschuldigt: Abg. Dr. Brünner, Abg. Keshmiri, Abg. Purr, Abg. Ing. Schreiner und Abg. Tasch.

#### Mitteilungen (3619).

Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der FPÖ an Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend Postenschacher im Landesschulrat.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko (3619).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic (3620).

Redner: Abg. Mag. Bleckmann (3622), Abg. Dr. Flecker (3624), Abg. Schützenhöfer (3627), Abg. Dr. Wabl (3630), Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko (3632), Abg. Mag. Zitz (3634).

Beschlußfassung (3635).

Beginn der Sitzung: 13.05 Uhr.

#### Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages – es ist dies die 45. Sitzung – in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, in besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Purr, Ing. Schreiner und Tasch.

Die Einberufung zu dieser außerordentlichen Sitzung erfolgte über Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Ing. Peinhaupt, Porta, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl, Ing. Schreiner, Wiedner, Dr. Flecker und Schützenhöfer gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 40 Absatz 6 GeoLT zum Thema Postenschacher im Landesschulrat.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 40 Absatz 6 GeoLT ist der Präsident verpflichtet, den Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung binnen fünf Tagen einzuberufen, wenn wenigstens ein Fünftel der Mitglieder es verlangt.

Der Antrag ist von insgesamt zwölf Abgeordneten, und zwar von den Abgeordneten der FPÖ, SPÖ und ÖVP, unterzeichnet und entspricht daher den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Eingebracht wurde eine Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der FPÖ an Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend Postenschacher im Landesschulrat.

Diese eingebrachte Dringliche Anfrage der FPÖ hat die gemäß Paragraph 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der FPÖ an Frau Landeshauptmann Klasnic.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage, betreffend Postenschacher im Landesschulrat. Es gilt eine Redezeit von 20 Minuten.

**Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko (13.08 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Regierungsmitglieder, liebe Kollegen, meine Damen und Herren!

Die freiheitlichen Abgeordneten bringen eine Dringliche Anfrage gemäß Paragraph 68 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Postenschacher im Landesschulrat, ein.

Die Begründung hierfür ist nicht nur zeitlich bedingt, weil ja in der Folge hier ein Konnex zu den bisherigen Vorgängen stattfindet, und daher ist aus gegebenem Anlaß auch eine entsprechende Sondersitzung einberufen worden.

Im Zuge der Nachfolge des scheidenden Landesschulratspräsidenten im Jahre 1996 gab es ein heftiges Ringen zwischen ÖVP und SPÖ hinsichtlich der Neubesetzung dieser Position. Mangels Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten wurde am 4. Juni 1996 der rechtlich sehr bedenkliche Weg einer „Doppelbestellung“ beschlossen. Danach sollten sich die kommenden fünf Jahre Hans Stadler als Kandidat der SPÖ und Horst Lattinger als Kandidat der ÖVP diese Aufgabe teilen. Kritische Stimmen, dies diene lediglich der Einzementierung des schwarz-roten Postenschachers im Schulbereich und würde daneben erhebliche Mehrkosten verursachen sowie rechtlich äußerst bedenklich sein, führten zu keinerlei Umdenken der Verantwortlichen. Bestenfalls wurden sie als ungerechtfertigte Anschuldigungen abgetan. Zwischenzeitlich zeigt aber diese ehemals gegen stärksten Widerstand durchgesetzte Doppelbestellung ihre wahren Intentionen.

Ein Bericht der „Kleinen Zeitung“ vom 28. November 1998 belegt die rot-schwarzen Tauschgeschäfte auf höchster Ebene sogar in schriftlicher Form. In einem auszugsweise abgedruckten Text heißt es wörtlich: „Wie telefonisch besprochen, darf ich nochmals festhalten, daß von Seiten der SPÖ Hofrat Dr. Reinhard Rumpler nur dann als neuer Landesschulratsdirektor akzeptiert wird, wenn gleichzeitig eine weitere Abteilung im Landesschulrat mit einem Sozialdemokraten besetzt wird.“

Unter diesem Gesichtspunkt noch weiterhin von Objektivierung bei Stellenbewerbungen im Schulwesen, von objektiven Hearings und Wartelisten zu sprechen würde für alle Bürger, insbesondere aber für arbeitssuchende Lehrer, in höchstem Maße unverständlich sein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an Sie, verehrte Frau Landeshauptmann, nachstehende Dringliche Anfrage:

Erstens: Sind Sie nach wie vor von der Objektivität bei Stellenbesetzungen im Schulwesen überzeugt, insbesondere in Anbetracht der jüngsten Vorkommnisse, wonach der jetzige Landesschulratspräsident Johann Stadler für seine Zustimmung zum neuen Landesschulratsdirektor eine weitere Abteilung für die SPÖ eingefordert hat?

Zweitens: Können Sie in Ihrem Kompetenzbereich als Landesschulratspräsident ausschließen, daß es neben den jüngst bekanntgewordenen Postenrochaden vergleichbare rot-schwarze Abtauschgeschäfte gegeben hat oder geben wird?

Drittens: Haben Sie sich im Landesschulrat dafür eingesetzt, daß alle zu besetzenden beziehungsweise nachzubesetzenden leitenden Positionen öffentlich ausgeschrieben werden?

Viertens: Vertreten Sie heute immer noch die Meinung, daß für das „einzigartige“ steirische Modell der Doppelbestellung von Landesschulratspräsidenten die gleichen Kosten anfallen wie im Falle der von allen anderen Bundesländern praktizierten Einfachbestellung?

Fünftens: Haben Sie seit dem Zeitpunkt der öffentlichen Bekanntwerdung der in der Begründung angeführten Vorgänge bereits mit einem der Beteiligten gesprochen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum sahen Sie keinen Handlungsbedarf?

Sechstens: Akzeptieren Sie das Rechtsgutachten des Herrn Univ.-Prof. Dr. Pauger, in dem er die Rechtswidrigkeit der Bestellung feststellt?

Siebtens: Sind Sie bereit, durch eine rechtskonforme Vorgangsweise eine rechtlich korrekte Bestellung des Amtsführenden Landesschulratspräsidenten durchzuführen?

Gemäß Paragraph 68 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages beantragen die unterfertigten Abgeordneten die Abhaltung einer Wechselrede. (Beifall bei der FPÖ. – 13.13 Uhr.)

**Präsident:** Ich erkläre der Frau Landeshauptmann Klasnic das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

**Landeshauptmann Klasnic** (13.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Zuerst möchte ich mich bedanken für das Verständnis, daß diese Sitzung erst um 13 Uhr stattfindet. Ich habe den gestrigen ganzen Tag zur Verfügung gestellt und auch morgen und übermorgen, aber heute gebeten, erst ab 13 Uhr, nachdem ich mich beim Semmeringbasisstollen befunden haben.

Bevor ich auf die einzelnen konkreten Fragen eingehe, gestatten Sie mir eine prinzipielle Bemerkung:

Als Landeshauptmann und Landesschulratspräsidentin bekenne ich mich zur Objektivität bei allen Stellenbesetzungen im Schulwesen.

Die in der Steiermark in der Ära des Landesschulratspräsidenten Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher entwickelte und umgesetzte qualitätsvolle Personalentwicklung und umfassende Objektivierung wurde zuletzt durch einen einstimmigen Beschluß des Landesschulratskollegiums am 9. Februar 1998 zum österreichweit führenden Modell modifiziert und ausgebaut. Dies bestätigt auch eine von dem renommierten österreichischen Schulrechtsexperten Dr. Markus Juranek durchgeführte Vergleichsstudie, die das steirische Modell als das beste aller Landesschulratsbereiche bezeichnet.

Nun konkret zu den einzelnen Fragen:

Frage eins: Ja. Durch die Einführung des Personalentwicklungsinstruments Assessment-Center ist die Objektivität bei Stellenbesetzungen gewährleistet.

Ich kann jedoch nicht ausschließen, daß das Landesschulratskollegium von klaren Ergebnissen des Assessment-Centers abweicht, wie dies im Fall der Nachbesetzung des Landesschulinspektors für Pflichtschulen geschehen ist. Hier wurden 100prozentige Ergebnisse und einstimmige Empfehlungen des Zentral-Ausschusses der Personalvertretung und aller steirischen Bezirksschulinspektoren nicht angenommen. Hier fiel die Entscheidung zugunsten des FPÖ-Antrages auf die Zweitgereichte mit FPÖ/SPÖ-Mehrheit. Dies gegen die Stimmen der Volkspartei.

Für das im Zuge der Nachbesetzung der Position des Landesschulratsdirektors bekanntgewordene Schreiben des Absenders trägt dieser die alleinige und persönliche Verantwortung. Zu Recht wird dieses Vorgehen als Rückfall in eine längst vergangen geglaubte demokratiepolitische Steinzeit gewertet. Dies wird mir auch durch die Empörung vieler Lehrer, Schüler, Eltern und Medien bestätigt.

Tatsache ist, daß im Zuge laufender Gespräche, die ich als Landesschulratspräsidentin mit dem Amtsführenden Landesschulratspräsidenten und dem Landesschulratsvizepräsidenten sowie der Pflichtschulreferentin der Steiermärkischen Landesregierung führe, von Mag. Stadler die Frage einer Umstrukturierung der Abteilungen im Landesschulrat angesprochen wurde. Schon seit Jahren wird eine allgemein pädagogisch-administrative Abteilung für schultypenübergreifende Fragen im Landesschulrat als Antwort auf die sich ändernden und größer werdenden Bedürfnisse diskutiert.

Einer solchen Änderung gegenüber habe ich mich prinzipiell positiv geäußert. Daß der bis 5. Dezember Amtsführende Landesschulratspräsident dies jetzt als Besetzungswünsche darstellt, ist mit den Objektivierungsbeschlüssen nicht vereinbar. Daß es dadurch auch zu Zweifeln an der Kompetenz und Qualifikation von Kandidaten kommt, ist eine selbstverständliche Folge.

Frage zwei: Ja.

Frage drei: Ja, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften. Dies ist auch im Fall der Nachbesetzung des Landesschulratsdirektors geschehen. Am 4. September 1998 gab es eine österreichweite öffentliche Aus-

schreibung. Diese wurde im Einvernehmen aller Fraktionen im Landesschulrat formuliert und mit mir abgesprochen, da es sich um eine Angelegenheit grundsätzlicher Art handelt.

In meiner Funktion als Präsidentin des Landesschulrates für Steiermark habe ich mir den verfassungsrechtlich vorgesehenen Vorbehalt in grundsätzlichen und schulpolitischen Angelegenheiten ausbedungen.

Dies wurde gleichzeitig mit der Bestellung des Amtsführenden und des Vizepräsidenten des Landesschulrates in der konstituierenden Sitzung des Landesschulratskollegiums am 4. Juni 1996 zur Kenntnis gebracht.

Frage vier: Ja. Seit 1964 sind in der Steiermark auf Grund des Paragraphen 8 Absatz 12 Bundesschulunterrichtsgesetz, in Verbindung mit Paragraph 5 Absatz 1 des Steiermärkischen Schulaufsichtsausführungsgesetzes auf Vorschlag des Landesschulratskollegiums ein Amtsführender Präsident und zugleich ein Vizepräsident durch den Präsidenten des Landesschulrates zu bestellen. Auch in anderen Bundesländern gibt es gesetzlich vorgesehene Amtsführende Präsidenten und Vizepräsidenten des Landesschulrates. Die in der Steiermark gefundene Lösung eines Wechsels der Amtsführenden Präsidenten innerhalb dieser Gesetzgebungsperiode verursacht keinerlei Mehrkosten.

Frage fünf: Ja. Mit dem ab 6. Dezember Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates Horst Lattinger mit dem Ergebnis, die Prüfung offener Rechtsfragen amtlich zu klären, was mittlerweile erfolgt ist.

Frage sechs: Dieses qualifizierte Rechtsgutachten ist eine von mehreren Rechtsmeinungen, die aber im Ergebnis alle klar feststellen, daß es keinen Zweifel an der Rechtswirksamkeit der Bestellung von Herrn Johann Stadler zum Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates für die Zeit vom 4. Juni 1996 bis 5. Dezember 1998 und danach Horst Lattinger zum Amtsführenden Präsidenten mit 6. Dezember 1998 bis zum Ende der Funktionsperiode des Kollegiums gibt. Die Bestätigung dieser Tatsache ergibt sich auch aus der von uns eingeholten Stellungnahme des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, die besagt - und ich zitiere wörtlich: „Zur Amtsbeschwerdemöglichkeit des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten an den Verwaltungsgerichtshof ist festzustellen, daß dieses außerordentliche Rechtsmittel im vorliegenden Fall schon dem Grunde nach nicht greift, weil keine Rechtswidrigkeit vorliegt.“ Weiters darf auf die Ausführungen der von mir in Auftrag gegebenen Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Landes Steiermark hingewiesen werden, die besagt: „Die befristeten Bestellungen zum Amtsführenden Präsidenten und zum Vizepräsidenten des Landesschulrates für Steiermark sind rechtswirksam und verbindlich. Die Funktionsdauer des Amtsführenden Präsidenten Mag. Stadler endet am 5. Dezember 1998, ohne daß ein weiterer Rechtsakt erforderlich ist. Bis zu diesem Zeitpunkt kann Mag. Stadler in dieser Funktion rechtsgültige Akte setzen. Am 6. Dezember 1998 beginnt die Funktionsperiode des Amtsführenden Präsidenten Dr. Horst Lattinger, ebenfalls ohne daß ein weiterer

Rechtsakt erforderlich ist. Ab diesem Zeitpunkt kann daher nur der Amtsführende Landesschulratspräsident Dr. Horst Lattinger rechtsgültige Akte setzen.“ Von der von Prof. Pauger angenommenen Möglichkeit einer Amtsbeschwerde kann weiters Abstand genommen werden, da das Ministerium mit Schreiben vom 4. Juli 1996 von der Bestellung der Landesschulratspräsidenten in Kenntnis gesetzt wurde und nicht davon Gebrauch machte. Im Gegenteil, wie oben dargelegt, hat das Bundesministerium als oberste Schulbehörde die Vorgangsweise nicht nur gebilligt, sondern auch eindeutig durch den Leiter der Gruppe Legistik, Herrn Dr. Werner Jisa, die Rechtskonformität bestätigt.

Frage sieben: Die Bestellung des Amtsführenden Landesschulratspräsidenten und des Vizepräsidenten ist, wie in Beantwortung von Frage vier dargestellt, keine Frage der Bereitschaft, sondern ein Auftrag, dem ich über Vorschlag des Landesschulratskollegiums in der konstituierenden Sitzung am 4. Juni 1996 in rechtmäßiger Weise nachgekommen bin. Dies bestätigt neuerdings in eindeutiger Weise die bereits zitierte Stellungnahme des Bundesministeriums vom 3. Dezember 1998, aus der ich nochmals zitieren darf:

„Erstens: Der Teilzeitlösungsbeschluß des Kollegiums und die zeitliche Bestelldauer sind rechtmäßig.

Zweitens: Daher sind die Handlungen des neuen Amtsführenden Präsidenten rechtswirksam.

Drittens: Infolge der Rechtskonformität der zeitlich befristeten Bestelldauer, die für die Dauer der Gesetzgebungsperiode sowohl den Amtsführenden Präsidenten als auch den Vizepräsidenten in der Organfunktion sicherstellt, besteht kein Rechtsgrund für eine Neuwahl.“

Die damaligen Bestellungen von Mag. Stadler und Dr. Lattinger erfolgten mit allen Stimmen der Vertreter der Volkspartei und der Sozialdemokraten im Landesschulratskollegium und wurden nicht in Frage gestellt. Als Präsidentin des Landesschulrates für Steiermark sehe ich großen Handlungsbedarf, den durch die Entwicklung der letzten Tage zu Schaden gekommenen guten Ruf des steirischen Schulwesens, insbesondere auch den des Landesschulrates, gemeinsam mit allen Beteiligten wiederherzustellen. In Zusammenarbeit mit dem ab 6. Dezember 1998 Amtsführenden Landesschulratspräsidenten Horst Lattinger und auch gemeinsam mit seinem Vizepräsidenten werde ich in Zukunft danach trachten, daß bei Personalentscheidungen im Landesschulrat streng nach den Objektivierungsrichtlinien vorgegangen wird. Dieses Bekenntnis lege ich als Landeshauptmann und als Landesschulratspräsidentin ab. (Beifall bei der ÖVP. - 13.23 Uhr.)

**Präsident:** Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu der eingebrachten Dringlichen Anfrage und weise auf Paragraph 68 Absatz 5 GeoLT hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Bleckmann** (12.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Es ist inzwischen 13 Uhr, das heißt, es ist inzwischen schon mehr, nämlich eine Stunde nach 12 Uhr und nicht mehr fünf vor zwölf. Bei der Postenpackelei sind wir schon über die Zeit hinaus, und es ist schon einiges über der Zeit. Seit Beginn der Koalition zwischen Rot und Schwarz zieht sich die Postenpackelei in der Steiermark wie ein roter Faden durch die Zeit, die wir gemeinsam im Landtag verbringen. Die erste Tat war einmal die Bestellung im Landesschulrat, und diese war, und da helfen auch alle anderen Stellungnahmen nichts, von Anfang an rechtswidrig. Ich zitiere aus dem Protokoll unseres Vertreters im Landesschulrat, der auch Richter ist: Er stellt fest, daß der Antrag nicht gesetzeskonform ist und so nicht gestellt werden kann. Es kann nur ein Amtsführender Präsident und ein Vizepräsident bestellt werden. Also einer für die ganze Zeit, und ich erachte die Antragstellung als nicht gesetzeskonform, was schon am 4. Juni 1996 gesagt wurde. Und für die, die das Gutachten von Prof. Pauger noch nicht kennen, der bei Gott kein Freiheitlicher ist, steht: „Der Beschluß des Kollegiums des Landesschulrates, den Amtsführenden Präsidenten und den Vizepräsidenten nicht für die gesamte Dauer der Gesetzgebungsperiode des Landtages zur Bestellung vorzuschlagen, als auch die diesem Vorschlag entsprechende Bestellung durch die Präsidentin des Landesschulrates waren rechtswidrig.“ Er schreibt weiter, daß auf Grund der ausgestellten Bescheide diese Bestellungen rechtsgültig wurden. Es geht um die Frage, wie mit den Gesetzen umgegangen wird. Wie werden Gesetze gebogen und gebrochen, damit man diese Dinge, die man gemeinsam auspackelt, gemeinsam durchführen will. Um diese Frage geht es und um die Frage der Rechtsmoral, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Moral, die hier an den Tag gelegt wird. Dann gibt es auch noch vom jetzigen Noch-Präsidenten eine Aussage, und ich habe mir das wirklich aufschreiben lassen, weil ich gedacht habe, das gibt es nicht, daß auch er Bedenken hat. Er sagt in einem Radiointerview – Zitat, jetziger Präsident Stadler: „Ich habe immer schon Bedenken gehabt, daß das eine gesetzmäßige Vorgangsweise ist.“ Er sitzt auf dem Platz und hat Bedenken gehabt, daß alles rechtskonform ist. Da frage ich mich, warum er auch dort sitzenbleibt, wenn er meint, daß alles nicht rechtmäßig war und er schon von Anfang an Bedenken gehabt hat. Weiters erklärt er: „Nur, sagt Stadler, es war ein Verhandlungsergebnis bei der Bildung der neuen Landesregierung und ich habe das akzeptiert.“ Das ist das Bekenntnis dafür, daß es hier eine Packelei gegeben hat, daß man sich das gemeinsam ausgemacht hat. Es ist symptomatisch, daß die zwei Oberpackler jetzt nicht mehr hier sind, weil sie sich das nicht mehr anhören wollen, was sie alles gemacht haben, was alles passiert ist. Es tut weh, die eigenen Taten, die sie machen, immer wieder zu hören und immer wieder vorgeworfen zu bekommen. Ich verstehe schon, daß man sich das nicht gerne anhört. Aber es muß sein. (Abg. Pußwald: „Bitte, schauen Sie sich um!“) Wo? Entschuldigung. Sie hat den Platz gewechselt. Frau Landeshauptmann, ich entschuldige mich. (Abg. Genaro: „Der Landeshauptmannstellvertreter ist auch hier!“)

Ah, er ist auch hier. Alle im Gespräch vertieft.

Aber ich erzähle Ihnen trotzdem, wie der rote Faden weitergegangen ist. Es ist nämlich nach dem schönen Prinzip gegangen, einmal hier, einmal dort, gib du mir, dann geb' ich dir, so wie es in der Weihnachtszeit auch üblich ist. Der eine gibt dem einen ein Geschenk, dafür bekommt der andere wieder ein Geschenk.

Ich erinnere nur, und ich erinnere immer wieder, wir werden nicht müde werden, immer wieder zu erinnern, was hier alles vor sich gegangen ist. In der Rechtsabteilung 2 ist eine Position neu wiederbelebt worden, die schon einmal abgeschafft worden ist. Die Rechtsabteilung 1 ist unter fragwürdigen Bestimmungen bestellt worden. Die Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld ist genauso mit keinem ordnungsgemäß stattgefundenen Hearing über die Bühne gegangen. Genauso bei der Kulturabteilung, wo es keine Ausschreibung gegeben hat. Die FoKu ist extra gegründet worden, weiters eine Extra-Fachabteilung für Sozialwesen, welche zu einer Aufblähung des Verwaltungsapparates geführt hat. Immer nach dem Prinzip „einmal du, einmal du“.

Zu diesem Prinzip kommt dann noch das Vieraugenprinzip. Das ist nicht das Prinzip, das man im normalen Geschäftsleben kennt, sondern „einmal schwarz, einmal rot, koste es, was es wolle“. Koste es, was es wolle, daß eben hier mehr Positionen besetzt werden oder Geschäftsführer doppelt besetzt werden, damit einmal rot, einmal schwarz diese Positionen bekommen.

Ich erinnere nur – ich zähle nicht alles auf, was hier gemacht wurde – an die Geschäftsführer der Steirischen Tourismusgesellschaft. Früher hat einer gereicht, heute müssen es zwei sein. Ich erinnere an das Joanneum Research. Früher haben zwei Geschäftsführer gereicht, heute sind es inzwischen schon vier, damit einer dem anderen auf die Finger schauen kann. Und der Höhepunkt in der ganzen Geschichte – Sie wissen es auch alle, es hat einen Sonderlandtag dazu gegeben – war die versuchte Bestellung von der Exministerin Konrad, die dann doch nicht zum Tragen gekommen ist. Die Position, die für sie vorgesehen war, ist bis heute nicht besetzt.

Ich erinnere auch an gestern, auch ein Beispiel, das der Höhepunkt der ganzen Geschichte ist, die Frau Hochkofler. Die Auswüchse der Packelei, wie sie hier stattfinden. Hier gilt nicht mehr „eine Hand wäscht die andere“, sondern „jeder wäscht seine Hände in Unschuld“, denn keiner – und die, die im Ausschuß waren, haben es miterlebt – seitens SPÖ und ÖVP hat ein Interesse an Aufklärung. (Abg. Kröpfel: „Den Vertrag habt ihr mitunterschrieben!“) Man probiert jetzt, alles auf die lange Bank zu schieben, putzt sich ab und sagt: „Wir können nichts dafür. Das waren die, die lange vor uns einmal im Amt waren. Wir können nichts dafür und jetzt schieben wir das auf die lange Bank, und hoffentlich reden wir nie mehr darüber.“ Aber wir werden wieder darüber reden.

Machen Sie sich keine Sorgen, wir werden nicht müde werden, immer wieder aufzuzeigen, wie hier vorgegangen wird. Und dann, wenn der eine dem einen etwas gibt und der andere wieder dem anderen etwas gibt, probiert man, die Decke drüberzubreiten, damit ja niemand darüber redet. (Beifall bei der FPÖ.)

Du putzt deine Brille, lieber Kollege Erlitz. (Abg. Mag. Erlitz: „Damit ich besser sehen kann!“) Du solltest dir das genau ansehen, was im Land Steiermark passiert.

Er kriegt eine Rüge, weil er nicht reinreden darf. Jetzt kriegt er eine Rüge, daß er etwas sagt. Aber gerade du, lieber Kollege Erlitz, solltest dir anschauen, was im Landesschulrat passiert, denn heute haben wir den Fluch der bösen Tat, den Fluch der ersten Tat, die Sie gemacht haben. Sie haben es vielleicht nicht so direkt miterlebt, aber es gibt einige Vertreter, die im Landesschulrat sitzen und die auch hier sitzen. Die wissen, was dort vor sich gegangen ist. Am 4. Juni 1996 haben Sie diese erste Tat der Postenpackelei begangen.

Und jetzt lese ich noch einmal aus dem Brief vom Noch-Präsidenten vor: „Wie telefonisch besprochen, darf ich nochmals festhalten, daß von seiten der SPÖ Hofrat Dr. Reinhard Rumpler nur dann als neuer Landesschulratsdirektor akzeptiert wird, wenn gleichzeitig eine weitere Abteilung im Landesschulrat mit einem Sozialdemokraten besetzt wird.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist kommunistische Postenpackelei. Da fehlen einem wirklich die Worte, daß Sie das auch noch niederschreiben, einer Bestellung nur dann zuzustimmen, wenn Sie auch einen Posten bekommen. Wo kommen wir in Österreich hin, wenn alle Positionen in der Schule nur noch so besetzt werden? (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist schon Kindesweglegung, Frau Landeshauptmann, wenn Sie sagen, daß dieser Brief in die alleinige Verantwortung des Herrn jetzt Noch-Präsidenten Stadler fällt. (Abg. Majcen: „Ja, was denn sonst, glaubt's, sie hat ihn geschrieben!“)

Ja, daß er ihn geschrieben hat schon, aber das Gespräch, lieber Kollege Majcen, hat ja scheinbar doch irgendwo irgendwie stattgefunden. Und da muß ja irgendwo irgendwer gesagt haben, wenn du mich da wählst und du unseren Kandidaten wählst, dann werden wir schon schauen, daß wir euren Kandidaten auch hineinnominieren und hineinsetzen. Irgendwer muß ihm darauf geantwortet haben, daß er sich motiviert gesehen hat, das auch niederschreiben und sich bestätigen zu lassen. Er hat es nur niedergeschrieben, weil es halt nicht mehr so ist wie früher, wo ihr euch alles wirklich gemeinsam unter der Tuchent ausgemacht habt, sondern weil Sie sich jetzt gegenseitig nicht mehr so trauen und schon festschreiben müssen, was hier ausgepackelt wird. Diese Pakete müssen jetzt in schriftlicher Form fixiert werden.

Gerade im Landesschulrat gibt es halt so viele schwarze Positionen. Da müssen natürlich einige rote Positionen nachbesetzt werden, denn es geht ja nicht, wenn im Landtag eine Verteilung von 21 zu 21 besteht, daß dann so viele schwarze Posten im Landesschulrat sind. Dann muß das ja natürlich ausgeglichen werden.

Wenn Sie das selbst nicht empört, dann fragen Sie einmal die Bevölkerung. Es kann wohl nicht sein, daß im Schulbereich die Positionen nach dem Parteibuch besetzt werden. Es sollte doch nach dem besetzt werden, wer die bessere Leistung bringt. Aber das ist ja nur die Spitze des Eisberges, was wir jetzt zu hören bekommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn wir uns diese beiden Präsidenten ansehen – die Kollegen Stadler und Lattinger –, dann sind sie das Produkt einer Packelei. Dies hat er selber im Radiointerview gesagt: „Das war eine Regierungsvereinbarung, und das war das Resultat, daß es hier zwei Präsidenten gibt, daß es diese Doppelbestellung gegeben hat.“ (Glockenzeichen des Präsidenten!) Ist etwas, Herr Präsident? (Präsident: „Ich wollte Ihnen die notwendige Ruhe verschaffen. Aber wenn Sie auch selbst nicht reden, dann ist die Stille zu groß!“)

Das freut mich, daß mich noch jemand reden hören will. Ich habe schon gedacht, Sie machen alle die Ohren zu, damit Sie es nicht hören und nicht wissen; was alles passiert.

Sie probieren ja, sich möglichst anderwärtig zu beschäftigen. Ich verstehe schon, daß es für Sie nicht angenehm ist.

Aber diese beiden Präsidenten – Stadler und Lattinger – sind nun einmal das Produkt Ihrer Packelei von Ihren beiden Landesobmännern oder Landesobfrau, eine sogenannte Doppelpackelei. Und was kann ich hier anderes erwarten als das „wie der Herr, so das Gscher“, als das „was oben passiert auch unten gemacht wird“, daß dann unten weiter gepackelt wird. Und was kann man eben anderes erwarten, als sich das dann im ganzen Landesschulrat bei allen Besetzungen durchzieht und auch, wenn es darum geht, welche Lehrer welche Positionen bekommen. Der ORF hat das selbst schon im Fernsehen auch gesagt. Es wird ja immer wieder bei jeder Diskussion bestritten, es ist ja alles so objektiv – haben wir ja jetzt auch gerade von der Frau Landeshauptmann gehört. Nur, der ORF selbst – sicherlich nicht ein freiheitliches Fernsehen – hat zum Thema „Postenkarussell“ gesagt – und ich zitiere: „daß das Parteibuch im Landesschulrat eine wesentliche Rolle spielt, war ja bekannt“. Das ist ein bekanntes Geheimnis. Und selbst die Ministerin Gehrler meint, daß man endlich aufhören soll, die Schulposten nach Parteizugehörigkeit zu vergeben. Ja, die Ministerin sagt, daß das gemacht werden soll, und hat es auch im Radio kundgetan: „Parteipolitik darf nicht Rolle bei den Postenbesetzungen spielen.“

Das sind alles nur schöne Worte. Dann soll das doch auch bitte von der Ministerin über die Landesschulratspräsidentin zu den Amtsführenden Landesschulratspräsidenten kommen, daß das eben nicht mehr geschehen darf, daß hier objektiv ausgeschrieben wird, daß objektiv bestellt wird. Denn das, was sich hier durchgezogen hat, und ich muß auch die Kollegin Beutl nennen, die auch in dieser Zeit bestellt worden ist. Ich muß es leider tun, so sehr ich sie sonst auch schätze, über andere Bestellungen im Bereich Konrad und auch Hochkofler zu erwähnen. Das sind die Signale, die von der Politik, die von Ihnen ausgesandt werden. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist eine ungeheure Frechheit, das ist ein Skandal. Was hat die Abgeordnete Beutl damit zu tun?“)

Ja, sie ist in dieser Zeit auch Bezirksschulinspektorin geworden. Das ist ein Skandal. Völlig richtig.

Das ist ein Skandal. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hast du eine Zusage für Konrad gegeben oder nicht?“ – Abg. Schützenhöfer: „Die Konrad hat doch mit der Beutl nichts zu tun?“ – Landesrat Dipl.-Ing.

Schmid: „Hat es eine Unterstützung oder Zusage für die Konrad von euch gegeben?“ – Abg. Schützenhöfer: „Was hat die Beutl mit der Konrad zu tun?“)

Das ist der rote Faden, der sich inzwischen bei allen Bestellungen, bei größten Teilen von Besetzungen in allen Bereichen im Land durchzieht. Schauen Sie sich es doch an, was passiert und immer wieder passiert. Es kann schon sein, daß viele andere Bestellungen auch anders vor sich gehen. (Abg. Dr. Lopatka: „Eine Frage: Was war denn der Fall Rader?“)

Ja, was war beim Fall Rader? Endlich ist es gekommen, denn ich habe damit gerechnet, daß das wieder kommt. Das ist das einzige, was immer wieder von eurer Seite kommt. Was war beim Fall Rader? (Abg. Dr. Lopatka: „Was war der Fall Rader? Ihr kann man diesen Vorwurf nicht machen, die hat nie einen zivilen Beruf gehabt. Wer nie einen zivilen Beruf gehabt hat, kann nicht darüber reden!“)

Dein Freund Hirschmann hat gesagt, das war der beste Mann. Ich habe überhaupt kein Problem, wenn jemand nominiert wird, der sich einem Hearing gestellt hat und auch die beste Qualifikation aufweist. Dann kann das auch der Herr Weinhandel werden, wenn er in einem Hearing nach einer (Abg. Dr. Lopatka: „Wo war das Hearing von Rader?“) objektiven Ausschreibung die Position bekommt. Das ist überhaupt kein Problem. (Beifall bei der FPÖ.)

Nur nicht so, daß die Leute in Positionen hineingehievt werden, ohne Ausschreibung und ohne Hearing. Das ist halt der Unterschied. Und da stellt sich schon die Frage, wie hier Signale an die Jugend gesetzt werden, wie es im Lande Steiermark zugeht und wann und wie sie welche Positionen bekommen. Nämlich nur dann, wenn sie das richtige Parteibuch, das beste Parteibuch, besitzen, um im Schulbereich irgendwelche Positionen zu bekommen. Und das vermitteln auch Leserbriefe. Ich zitiere: „Für Anstellungen von Junglehrern sind meist nicht Wartezeit und Qualifikation ausschlaggebend, sondern das Parteibuch und die gesellschaftliche oder politische Stellung jener Personen, welche intervenieren.“ So schreiben Hilfflose, die sehen, daß sie sonst keine Chance haben, wenn sie sich nicht der richtigen Richtung zuwenden. Ich fordere Sie auf, kommen wir doch endlich wieder aus dieser Urzeit der Postenpackelei, aus dieser Steinzeit, in ein modernes Land zurück. Wo Leistung wieder eine Rolle spielt und die Bildung unser wichtigstes Gut ist, einen Weg mit denen zu gehen, die die beste Ausbildung haben und die besten Leute sind. Deshalb bringen wir folgenden Beschlußantrag ein, daß

erstens der freiwerdende Posten des Landesschulratsdirektors neu ausgeschrieben wird, denn es hat nur eine Bewerbung gegeben, die qualifiziert ist. Es gibt – wie gesetzlich verlangt – keinen Dreivorschlag. Deshalb fordern wir Sie auf, eine neue Ausschreibung zu machen. Denn es gibt offiziell nur eine Bewerbung, weil die anderen nicht qualifiziert sind;

zweitens die Position des Amtsführenden Landesschulratspräsidenten auf Grund der bisherigen rechtswidrigen Doppelbestellung neu ausgeschrieben und neu besetzt werden soll, weil die Bestellung am 4. Juni 1996 laut Prof. Pauger rechtswidrig war;

drittens alle künftig zu besetzenden Abteilungsleiterstellen im Landesschulrat öffentlich auszuschreiben und somit objektiv zu besetzen sind;

viertens bei sämtlichen öffentlich auszuschreibenden Stellen ein nachfolgendes Hearing stattfinden soll;

fünftens, und da fordere ich die Kollegen der ÖVP auf, das Versprechen der Bundesministerin Gehrler, den Postenschacher im Schulbereich abzustellen, auch wirklich umgesetzt wird.

Es gilt nicht nur schöne Worte zu machen und jahrelang zu probieren, ein Objektivierungsgesetz zu beschließen, dessen Verhandlungen immer wieder verschoben werden, sondern endlich einmal Taten zu setzen, damit Sie den Fluch der bösen Tat endlich beseitigen. (Beifall bei der FPÖ. – 13.43 Uhr.)

**Präsident:** Es hat sich Herr Abgeordneter Dr. Flecker zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Flecker (13.43 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bevor ich in die Sache selbst eingehe, glaube ich, daß es notwendig ist, zu hinterfragen, wer sich da erüßt. Ein paar Namen und Zuordnungen: Peter Rosenstingl, Ex-FP-Abgeordneter, derzeitiger Aufenthalt in Brasilien, mit ihm ergaunerte Millionen, und der Michl Schmid lacht darüber. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Weil dir nichts anderes einfällt!“)

Bernhard Gratzer, in U-Haft genommen, dubiose Verwendung von Klubgeldern seitens des FPÖ-Landtagsklubs in Niederösterreich, zweistellige Millionenschulden bleiben über. Erich Schreiner, Geschäftspartner Rosenstingls, als Abgeordneter zurückgetreten. Hermann Mentil, verurteilt wegen Wahlbetrugs, Naheverhältnis zu Rosenstingl, derzeit wilder Abgeordneter. Gernot Rumpold, FPÖ-Abgeordneter, insgesamt derzeit vier Verurteilungen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sie wissen schon, daß sie angeklagt worden sind? Das dürfen Sie nicht mehr sagen!“) Walter Meischberger, FP-Abgeordneter, Verurteilung wegen Steuerhinterziehung. Das macht euch nervös!“ (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage etwas, meine Damen und Herren, die Mandatäre im Nationalrat sind manchmal das Spiegelbild einer Partei. Jetzt seid ihr nervös.

Dr. Manfred Ebner, ehemaliger Abgeordneter des Steiermärkischen Landtages, mußte sein Mandat zurücklegen, weil ein Gehaltsübergenuß kassiert wurde. (Abg. Mag. Bleckmann: „Nicht mehr hier im Haus!“) Wer weiß, wie lange Sie noch dasitzen? (Beifall bei der SPÖ.) Wer weiß das, meine Damen und Herren?

Frau Bleckmann, vielleicht darf ich in einem Jahr diese Liste um Sie ergänzen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das wäre für Sie eine Freude!“)

Ich könnte sie auch jetzt ergänzen, aber ich erspare Ihnen das.

Weil Sie so lieb wären, den Namen Hochkofler zu erwähnen, reizend. Wer hat denn den Beschluß über den Dienstvertrag gefaßt? Der Herr Schmid war dabei, und was hat er gemacht? Er hat sich nachher still und leise davongestohlen mit dem Hinweis, er habe falsche

Informationen gehabt. Wir haben jedenfalls dagegen gestimmt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Was hat Ihr Landeshauptmann gemacht?“ – Glockenzeichen des Präsidenten) Das nützt manchmal nicht. Manche hören in gewissen Situationen nichts. Aber, Herr Präsident, ich bitte zumindest, daß Sie mir die Zeit zugute halten.

Einige Namen aber auch noch von Personen, die aus der FPÖ ausgeschlossen wurden oder ihr Mandat zurücklegten, weil sie Kritik an ihrem Parteiführer übten: Stix, Federspiel, Grasser und zuletzt Thomas Prinzhorn. Und noch zwei Namen, die heute schon gefallen sind (Abg. Wiedner: „Hofrat Flecker!“):

Ich bin hier, wie Sie sehen, und ich bin Klubobmann. Oder wer von euch überschätzt einen Parteisekretär, Herr Kollege Peinhaupt. Noch zwei Namen sind erwähnenswert, denn sie sind schön gefallen, nämlich Rader und Chibidziura. Nach dem Ausscheiden aus dem Steiermärkischen Landtag mit Spitzenpositionen in der Landesverwaltung versorgt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hearing!“)

Sehr verwunderlich ist allerdings auch noch etwas. Lieber Michl, rede nachher mit mir. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Versorgt! Hör' auf, du warst ein Hofrat, der nichts zu tun hatte!“) Mich wundert es, daß Sie sich hier so entrüsten über die Frau Landeshauptmann. Auch für diese Wahl haben Sie die Verantwortung. Wir nicht. Wir haben die Frau Landeshauptmann damals nicht gewählt. Sie haben sie im Abtausch für den Dritten Präsidenten des Nationalrates, des Herrn Brauneder, gewählt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Einer Partei mit solchen Problemen und einer Partei mit solchen Personen und mit solchen innerparteilichen Strukturen steht Ent-rüstung über andere nicht zu, und ihr ist daher jeder moralische Anspruch abzusprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ihre Partei hat allen Grund, vor der eigenen Türe zu kehren. Andere zu beschmutzen dient keineswegs der Selbstreinigung.

Wir haben Ihnen die Fairneß zuteil werden lassen, durch unsere Unterschrift diesen Landtag zu ermöglichen, die anderen Oppositionsparteien wollen ohnehin nichts mehr mit Ihnen zu tun haben. Aber wie Sie auf Fairneß reagieren, liebe Frau Kollegin Bleckmann, hat ein Fernsehinterview gezeigt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das war vorher!“) Sie brauchen sich nicht zu rechtfertigen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Was war denn für ein Problem? Was hat Ihnen denn nicht gepaßt am Fernsehinterview?“) Mein Gott, man kann ja nicht das ganze Fernsehinterview jetzt vorlesen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sagen Sie es doch einmal, was hat Ihnen nicht gepaßt?“)

Nun zur Sache selbst. Bei den Vorgängen im Bereich des Landesschulrates gilt es, zuerst die politische Verantwortung festzustellen. Darunter versteht man die Verantwortung des jeweils obersten Organs einer Behörde für Vorgänge innerhalb dieser Verwaltungseinheit. Je näher dieses Organ den Vorgängen steht, desto größer wird die persönliche Verantwortung, und ich zitiere aus Artikel 81a Absatz 3 der Bundesverfassung, dort heißt es: „Präsident des Landesschulrates ist der Landeshauptmann.“ Das sind Sie, Frau Klasnic. Gemäß Paragraph 8 Absatz 10 Bundes-

schulaufsichtsgesetz kann die Ausführungsgesetzgebung vorsehen, daß der Präsident des Landesschulrates einen Amtsführenden Präsidenten zu bestellen hat – und das tut das steirische Ausführungsgesetz.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, entgegen den bisherigen Usancen hat sich die Frau Landeshauptmann Klasnic als Präsidentin des Landesschulrates gegenüber dem Amtsführenden Präsidenten einige Zuständigkeiten ausdrücklich vorbehalten. Grundsätzliche Dinge bedürfen der Einstimmigkeit zwischen ihr, dem Amtsführenden Präsidenten und dessen Vizepräsidenten.

Ich zitiere die „Kleine Zeitung“ vom 5. Juni 1996. Da heißt es: „In der Alltagsarbeit darf er der wahre Chef sein, bei sogenannten ‚grundsätzlichen Dingen‘ muß er jedoch mit Landeshauptfrau Waltraud Klasnic und mit dem vorläufigen ‚Vize‘ und Präsidenten der zweiten Halbzeit, Horst Lattinger, ‚Einigung erzielen‘.“ – Zitat Ende.

Ein Instrument der permanenten Information und Abstimmung mit der Frau Landeshauptmann Klasnic als Präsidentin sind die monatlichen Meetings zwischen ihr, dem Amtsführenden Präsidenten und dessen Vize, denen im Sinne der schulpolitischen Koordination auch die Schulreferentin des Landes beigezogen ist.

Es bedarf, meine Damen und Herren, keiner weiteren Argumente, um die politische Verantwortung für die heute zur Diskussion stehenden Vorfälle eindeutig beim Namen Landeshauptmann Klasnic festzumachen und ihre ständige Mitwirkung in Angelegenheiten des Landesschulrates nachzuweisen.

Verantwortung, meine Damen und Herren, ist unteilbar, sie muß für Negatives genauso gelten wie für Positives.

Und lassen Sie mich die Frage nach dem moralischen Hintergrund politischer Verantwortung mit einem Zitat von Max Weber stellen. Zitat: „Ehre des politischen Führers ist gerade die ausschließliche Eigenverantwortung für das, was er tut, die er nicht ablehnen oder abwälzen kann und darf.“

Meine Damen und Herren, um welche Vorfälle geht es heute?

Erstens: Seitens der freiheitlichen Fraktion wurde ein Rechtsgutachten vorgelegt, nach dem die rechtliche Ausführung der sogenannten „Halbzeitlösung“ rechtswidrig war.

Zweitens: Auf Grund des Inhaltes eines einer Zeitung zugespielten Briefes des Amtsführenden Präsidenten wird parteipolitische Packelei vorgeworfen.

Zum ersten: Die Wahl eines Amtsführenden Präsidenten wird von einem Kollegium durchgeführt, das sich politisch auf Grund von Wahlen zusammensetzt. Daher ist die politische Gestaltung dieser Präsidentschaft legitim. ÖVP und SPÖ sind zur Auffassung gekommen, daß sogenannte Halbzeitlösungen für den Amtsführenden Präsidenten beziehungsweise dessen Stellvertreter vorzusehen wären.

Das Gesetz selbst zielt auf eine Besetzung nach dem Stärkeverhältnis des Kollegiums ab. Bei einem Mandatsgleichstand ist daher diese Vorgangsweise politisch legitim.

Ich darf im übrigen auch darauf hinweisen, daß sogenannte Halbzeitlösungen in einigen politischen Gremien seit jeher vereinbart wurden und üblich sind. Ich denke da insbesondere an die Gemeinden, verweise auf Halbzeitlösungen zwischen ÖVP und FPÖ in der Stadt Graz und speziell darauf, daß gerade die Freiheitlichen in einigen steirischen Gemeinden immer wieder solche Vereinbarungen getroffen haben.

Soweit zum politischen Hintergrund und zum politischen Willen.

Die Durchführung dieser politischen Lösung lag in der Ingerenz des Landesschulrates und damit bei Ihnen, Frau Landeshauptmann Klasnic. Eine politische Absprache über die Durchführung gab es mit der Parteiführung der SPÖ nicht. Die Verantwortung für die Durchführung ist im Landesschulrat und hier natürlich bei dessen oberstem Organ - Frau Landeshauptmann Klasnic - zu finden.

Das Pauer-Gutachten spricht zu Recht davon, daß mit einem einmaligen Wahlakt, der eine Teilung vorsieht und zeitliche Begrenzungen einhält, Rechtswidrigkeit gegeben ist.

Ich würde mich an Ihrer Stelle als Landeshauptmann der Steiermark auch schon damit begnügen, um nicht gut leben zu können - aber Sie können das offenbar.

Pauer kommt zum Schluß, daß die Bestellung selbst Bescheidcharakter habe und mangels Beeinpruchung in Rechtskraft erwache.

Maßgebliche Verfassungsjuristen teilen zunächst einmal den Vorwurf der Rechtswidrigkeit, und ich glaube, das ist zur Genüge erwiesen. Nicht geteilt wird jedoch die Auffassung, daß in Vollziehung des seinerzeitigen Wahlaktes ein Wechsel in der Präsidentschaft rechtlich ohne Konsequenzen wäre. Wenn überhaupt ein Wahlgang gültig war, dann war es nämlich der des jetzt Amtsführenden Präsidenten und der des Vizepräsidenten.

Es könnte daher bei einem rechtlich nicht einwandfreien Übergang jeder Verwaltungsakt des Landesschulrates unter einem Präsidenten Lattinger auf Grund der damaligen Wahl unmittelbar beim Verfassungsgerichtshof wegen Entzug des verfassungsmäßig gewährleisteten Richters angefochten werden. Ein Zustand der Rechtsunsicherheit, der keineswegs zu riskieren ist.

Wenn Sie, Frau Landeshauptmann Klasnic, als politisch Verantwortliche für den Landesschulrat über Zeitungen und auch heute Ihre Meinung verkünden, daß der Wechsel auf der Basis der seinerzeitigen Wahl zu vollziehen sei, so ist das nur ein Beweis für Ihren leichtfertigen Umgang mit politischer Verantwortung, mit Rechtswidrigkeit und mit rechtlichen Problemen. Sollte die Angelegenheit in Ihrem Sinne vollzogen werden, würde auch nur ein Verwaltungsakt beim Verfassungsgerichtshof fallen, wären persönliche politische Konsequenzen auf Grund unserer Ermahnung wohl unumgänglich. Ich hoffe, daß Sie sich inzwischen besser informiert und nachgedacht haben.

Aus den genannten Gründen sind wir der Ansicht, daß im Sinne der Rechtssicherheit der bestellte Amtsführende Präsident die Geschäfte einstweilig weiter-

führen soll, bis eine einwandfreie rechtliche Lösung zur Sanierung vorliegt. Das heißt, wir verlangen durch Gutachten verfassungsrechtliche Sanierungsvorschläge. Ich sage auch ausdrücklich dazu, daß die SPÖ selbstverständlich zu der seinerzeit getroffenen Vereinbarung steht. Im Interesse der Rechtssicherheit muß jedoch in Kauf genommen werden, daß sich der Wechsel um einige Zeit verzögert.

Dieser Vorschlag unsererseits dient nicht nur der Rechtssicherheit, Frau Landeshauptmann, sondern auch der künftigen politischen Verantwortung von Ihnen, Frau Landeshauptmann Klasnic.

Für das derzeitige Dilemma haben Sie bereits die politische Verantwortung, und wenn der erste Bestellungskakt beim Verfassungsgerichtshof fällt, dann haben Sie gewußt, daß das geschehen kann.

Zum Zweiten: Einem veröffentlichten Schreiben des Amtsführenden Präsidenten an einen der ÖVP-nahestehenden Sektionschef im Unterrichtsministerium ist zu entnehmen, daß für diverse personelle Veränderungen ein politischer Pakt im Zusammenhang mit der Bestellung des nächsten Landesschulratsdirektors getroffen wurde. Die Form des Paktes und des Abtausches wird, unbeschadet der Reputation der dadurch betroffenen Personen, von Seiten der steirischen Sozialdemokraten abgelehnt. An diesen Verhandlungen war die steirische Partei und Parteiführung nicht aktiv beteiligt. Auch lag keine Ermächtigung vor, in diesem Sinne zu verhandeln. Sehr wohl verhandelt hat in diesem Fall neben dem Amtsführenden Präsidenten und seinem Vizepräsidenten die Präsidentin des Landesschulrates, Frau Landeshauptmann Klasnic. Es ist nachzuweisen, daß sie im letzten der genannten monatlichen Treffen auch dem Ergebnis zugestimmt hat. In diesem Fall ist also nicht nur faktische politische Verantwortung, sondern durch Mitwirkung auch persönliche Verantwortung entstanden. Wenn Sie, wie in Ihrer Beantwortung, das alleine auf Stadler abschieben, ist das nicht nur die Unwahrheit, sondern auch ein besonderer politischer Stil. Es wird Ihnen, Frau Landeshauptmann Klasnic, nicht gelingen, diese Verantwortung abzuschieben oder andere als die Genannten miteinzubeziehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Soweit nüchterne, nachweisbare Feststellungen zur politischen Verantwortung von Frau Landeshauptmann Klasnic. Wenn Sie nun versuchen, sich durch Hinausreden, Abwiegeln oder Abwehren aus dieser Verantwortung davonzustehlen, dann darf ich Sie an das Zitat von Max Weber erinnern. Ich wiederhole: „Ehre des politischen Führers ist gerade die ausschließliche Eigenverantwortung für das, was er tut, die er nicht ablehnen oder abwälzen kann und darf.“ Die Zusammenhänge mit diesem Zitat nachzuvollziehen überlasse ich Ihnen, Frau Landeshauptmann Klasnic.

Ich will mich nur nicht verschweigen, was den roten Faden Ihrer politischen Verantwortung in heiklen Fragen angeht. Wir kennen es seit Ihrem Amtsantritt: Sie wußten nicht, Sie waren nicht dabei, es gab Briefe an Sie, die Sie nie gelesen haben, es gibt Listen bei Ihnen, die Sie nicht kennen. Politik, Frau Landeshauptmann, ist kein Schönwetterberuf, es ist eine Frage des Charakters, nämlich zu dem, was man tut, letztlich auch zu stehen. Diese politische Verein-

barung ist, was die Personen anlangt, eine durchaus nachvollziehbare. Sie ist allerdings in Form einer politischen Packelei vollzogen worden. Was die Personen selbst anlangt, der Vertreter der Freiheitlichen im Kollegium hätte dafür lobende Worte, was den Hauptbetroffenen anlangt. Es war auch sein erklärtes Ziel, in einer Behörde, die durch einseitige ÖVP-Personalpolitik dominiert ist, jemanden an eine Stelle zu setzen, durch die auch Kontrolle ausgeübt werden kann. Wir Sozialdemokraten in diesem Haus sind nicht erst heute der Auffassung, daß es zu einer Neuausschreibung für den Posten des Landesschulratsdirektors und aller anderen Positionen kommen muß, sondern wir haben das schon öfter gesagt.

Zusammenfassend, Frau Landeshauptmann, stelle ich fest: Es ist da einiges unter Ihrer politischen und persönlichen Verantwortung geschehen. Die Fakten strafen jenes Bild, das Sie und Ihre Parteifreunde immer wieder in der Öffentlichkeit von Ihnen zeichnen wollen, Lügen. Zum Abschluß darf ich den Unselbständigen Entschließungsantrag meiner Fraktion zu dieser Dringlichen Anfrage vorlesen: Unselbständiger Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Flecker und Mag. Erlitz. Die FPÖ hat in der heutigen Sitzung über ein Gutachten zur Bestellung des Amtsführenden Präsidenten beziehungsweise des Vizepräsidenten des Landesschulrates berichtet. Nach diesem Gutachten war die Bestellung rechtswidrig. Ebenso gibt es aber begründete Rechtsmeinungen, nach denen der Wechsel auf Grund des seinerzeitigen Wahlvorganges zu einer unrichtigen Zusammensetzung der Behörde führen würde. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landesschulrat um folgendes zu ersuchen:

Erstens: Auf Grund der Tatsache, daß eine Rechtswidrigkeit der Halbzeitleistung gegeben ist, dadurch eine Rechtsunsicherheit besteht und nicht riskiert werden soll, daß Handlungen des Landesschulrates auf Grund rechtlicher Probleme nichtig wären, eine endgültige verfassungsrechtliche Klärung durchzuführen und Gutachten für eine Sanierung einzuholen, um zu einer korrekten Lösung dieser Situation zu kommen. Bis zum Vorliegen dieses Gutachtens und der Lösung soll der Amtsführende Präsident im Amt bleiben.

Zweitens: Die Bestellung des Landesschulratsdirektors soll neu ausgeschrieben werden, um den entstandenen Eindruck politischer Abmachung zwischen der Präsidentin des Landesschulrates, dem Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates und dem Vizepräsidenten des Landesschulrates auszuräumen. Ebenso sind alle vakanten Abteilungsleiterstellen im Sinne einer Objektivierung zu besetzen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. - 14.05 Uhr.)

**Präsident:** Es hat sich Herr Abgeordneter Schützenhöfer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schützenhöfer (14.05 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich sage es gleich am Anfang und in aller Ausdrücklichkeit: Wir lassen uns den Stil des puren Zynismus des Dr. Flecker gegenüber der Frau Landeshauptmann nicht gefallen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist unakzeptabel und unerhört, in welcher Weise Sie die Frau Landeshauptmann, die wie keine politische Persönlichkeit sonst im Land rast- und restlos unterwegs ist, abqualifizieren. (Abg. Dr. Flecker: „Vor allem restlos!“) Das richtet sich von selbst. Das ist purer Zynismus, den Sie hier aufführen, und das ist Politik der verbrannten Erde. Wenn Sie nicht aufhören damit, dann ist die Zusammenarbeit mit der SPÖ in diesem Land in Frage gestellt. Es hat eine Grenze, was Sie tun, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Flecker: „Sie ballen zum fünften Mal die Faust!“)

Ein Zweites: Der Dr. Flecker stellt sich hierher und nennt gegenüber der FPÖ verschiedene Namen, qualifiziert diese Partei in einer Weise, wie ich das nicht tun würde, und sagt, eine Partei, ich zitiere ihn jetzt, mit solchen Personen steht Entrüstung nicht zu, und Sie sprechen dieser Partei jede moralische Qualität ab. Herr Dr. Flecker, mit dieser Partei werden Sie in wenigen Stunden in diesem Haus gegen die Volkspartei einen Entschließungsantrag beschließen. So ist Ihre Politik. Hören Sie auf mit diesen dummen Sprüchen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist in der Summe grotesk, ja es ist für die SPÖ und für die Freiheitlichen eigentlich blamabel, was sich heute hier abspielt: Da hecken der sozialistische Präsident Stadler und der freiheitliche Fraktionsführer im Kollegium des Landesschulrates Kaller den Plan aus, Stadlers SPÖ-Sekretär lukrativ zu versorgen. Und was passiert? Die Freiheitlichen stellen eine Dringliche an Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Meine Damen und Herren, erkennen Sie doch selbst, das schlägt dem Faß den Boden aus. SPÖ und Freiheitliche machen gemeinsame Sache, aber die Volkspartei dafür verantwortlich, das ist doch bitte ungeheuerlich und richtet sich in seiner Lächerlichkeit von selbst. Das müssen Sie wissen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mag. Bleckmann: „Die Doppelbestellung haben die Freiheitlichen nicht gemacht!“)

Auch SPÖ und auch die Freiheitlichen wissen es ja, weil aber diese Parteien in der Tinte liegen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Kommen sie blau heraus!“), wird ein Ablenkungsmanöver inszeniert, indem man unter dem Titel „Rechtsunsicherheit“ die Präsidentenfrage in den Vordergrund schiebt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Rechtswidrigkeit, das ist das Widerliche!“)

Meine Damen und Herren, so billig kommen Sie nicht davon.

Ich möchte der SPÖ und der FPÖ sehr deutlich sagen: Sie brauchen sich nicht an uns zu wenden. Sie, ausschließlich Sie, tragen die Verantwortung. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Weil wir die Klasnic gewählt haben, das muß ich leider zugeben!“) Sie haben sie dort nicht gewählt - für die Schiefelage im Landesschulrat, weil Sie im Zuge der Bestellung des Landesschulratsdirektors mit Brachialgewalt einen Posten für einen Ihrer Günstlinge herausschachern wollten. Um diesen Skandal geht es, meine Damen und Herren, nicht um den künftigen Patienten! (Abg. Bleckmann: „Wer, wer?“) Der Brief des amtierenden Präsidenten Stadler - (Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist schon klarzustellen, wer ist unser Günstling?“) der Herr Weinhandel (Abg. Mag. Bleckmann: „Lächerlich!“) - der Brief des amtierenden Präsidenten Stadler an das

Unterrichtsministerium legt doch bitte die Geisteshaltung der SPÖ völlig offen: Ein ganz bestimmter Roter, nicht ein Roter, dagegen hätte ich nichts (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hör mir dem Blödsinn auf!“), nein, hätte ich nichts, ich habe auch gegen einen Blauen und gegen einen Schwarzen nichts, weil das geht mir auch zu weit, daß, wenn jemand qualifiziert ist, nur wenn er einer Partei angehört, nichts mehr werden darf, aber ein ganz bestimmter Roter, von dem gesagt wird, er sei nicht qualifiziert, das sagen Sie ja nun selbst, muß mit von der Partie sein, und sei er noch so unqualifiziert für diese Abteilung, dessen Chef er gemäß Pakt SPÖ/FPÖ werden sollte. Und dann fordert die FPÖ den Rücktritt nicht nur von Stadler, sondern auch von Herr Präsidenten Lattinger. Meine Damen und Herren, und das sage ich Ihnen klar, kehren Sie vor der eigenen Tür. Es wäre viel besser, wenn Sie Ihren Multifunktionär Kaller zurückziehen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was soll das?“), der es zustande bringt, einen ganzen Richterposten und praktisch eine ganze Lehrverpflichtung allein auszuüben (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Tüchtiger Bursche!“), aber doppelt einstreift und darüber hinaus auch noch Scharfrichter im Landesschulrat spielt. Das sind Ihre Leute, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.) Das muß ich Ihnen heute einmal sagen. Ich muß es Ihnen sagen, weil Sie immer mit doppeltem Maß messen. Er, dieser Kaller, und Stadler sind die Drahtzieher der Versorgung (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Redest du vom Plauder?“) des SPÖ-Sekretärs des SPÖ-Präsidenten, und niemand sonst, damit das einmal klar ist, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Beschimpfe nicht immer im Spiegel der Immunität die Leute!“) Und Sie können nicht so tun, keine Partei kann so tun, als hätte man mit den Fraktionsführern oder den Kollegiumsmitgliedern nichts zu tun. Die Nominierung der Kollegiumsmitglieder nehmen die Landtagsklubs vor, die dort Tätigen sind keine Außerirdischen, die sind von uns nominiert. Sie sind verantwortlich für das Treiben Ihres Fraktionsführers. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das glaubst du?“) Und ich hätte gerne gewußt von den Freiheitlichen, wie sie nun wirklich über den Deal mit Weinhandel denken. Kaller sagt, er sei für die Rechtsabteilung „sehr kompetent“. Die freiheitliche Klubobfrau sagt, Weinhandel sei „ungeeignet“. Und wenn der SPÖ-Präsident Stadler am 2. Dezember in der „Kleinen Zeitung“ sagt: „Hans Werner Kaller, der im Kollegium die Fraktion der Freiheitlichen führt, hat mich in der Idee, Erwin Weinhandel zum Leiter der Abteilung zu machen, immer unterstützt. Wenn die Freiheitlichen nun meinen Rücktritt fordern, obwohl sie sachlich auf meiner Seite stehen, dann kann ich sie wohl nicht mehr ganz ernst nehmen.“ Und auf die Frage, ob es sie stört, daß ihm die Freiheitlichen in den Rücken gefallen sind, sagt er, daß „die Freiheitlichen ja nicht wissen, was sie wollen“. Ich gebe ihm hier ausnahmsweise recht und füge hinzu: Sie wissen nicht, was sie tun. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir wissen genau, was wir tun. Wir wollen Objektivität!“) Und wenn nun die Kurve gekratzt wird und der gute Mann, ohne daß andere ihre Posten wechseln müssen, mit einer Koordinationsstelle versorgt werden soll, dann ist wohl endgültig klar, daß es sich hier nicht um Besetzung, sondern um Versorgung handelt – und das ist nicht mehr gutzumachen, meine Damen und

Herren – auch wenn Sie jetzt die Kurve nochmals kratzen und die Stelle nicht ausschreiben oder mit dem Genannten zumindest nicht besetzen. Ich möchte gar nicht falsch verstanden werden. Um eine Koordinationsstelle, um eine schultypenübergreifende, allgemeinpädagogisch-administrative Abteilung wird seit Jahren verhandelt, schon unter Schilcher, dazu kann man ja oder nein sagen. Das geht uns im Prinzip auch gar nichts an. Es geht nur um die Frage, ob sie entsprechend ausgeschrieben und wie beim Landesschulratsdirektor mit der besten geeigneten Person besetzt wird, oder ob man vorher schon weiß, wer es sein muß. Das ist der Punkt, den Stadler und Kaller ausgemacht haben. Und in dieser Malaise sind Sie jetzt, und Sie wissen weder ein noch aus. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist ja Kindesweglegung!“) Und deshalb wollen Sie, meine Damen und Herren, den Landesschulratsdirektor neu ausschreiben. Ich sage Ihnen eines: Sie setzen sich damit ins Unrecht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Welche andere Position sollen wir öffentlich ausschreiben?“) Frau Kollegin Bleckmann, darf ich ausreden? Sie setzen sich damit ins Unrecht und machen nicht nur die Begleitumstände dieser Bestände, sondern Sie machen endgültig auch den Haupttakt zum Politikum: Sie wollen neu ausschreiben und so lange ausschreiben, bis der Kandidat paßt. Das akzeptieren wir nicht! Sie werfen uns Postenschacherei vor und haben nichts anderes im Sinn, als Posten mit Ihren Leuten zu besetzen. Das ist doch unglaublich, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Bleckmann: „Sage mir einen freiheitlichen Schuldirektor, wo gibt es einen?“) Und wenn ich mir, meine Damen und Herren, die beiden Entschließungsanträge der Roten und der Blauen hier anschau, auf den freiheitlichen gehe ich gar nicht ein, die gehen von der mittelbaren Bundesverwaltung aus. Ich sage Ihnen, das ist keine Frage der mittelbaren Bundesverwaltung. Und, meine Damen und Herren (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie viele steirische Schuldirektoren gibt es in der Steiermark, 1500 oder mehr?“), Herr Hofrat Doktor von und zu Kurt Flecker, das muß man ja erst einmal zusammenbringen, diesen Entschließungsantrag der SPÖ. Wissen Sie, was da im Sinne der Rechtssicherheit, die man jetzt will, drinnensteht? Da steht erstens drinnen, der rote Präsident soll im Amt bleiben, und das sollen wir absegnen, sage ich nur. Und zweitens steht drinnen, der Kandidat für den Landesschulratsdirektor paßt uns nicht, schreiben wir neu aus, bis es einer wird, den wir wollen. Ja, so einfach, meine Damen und Herren, können Sie es sich nicht machen. Ich weiß, jetzt sind Sie schmähistatt, aber das ist die Politik, die Sie glauben, in diesem Land durchsetzen zu können. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ihr läßt euch die Spitzenposten nicht wegnehmen!“) Es wird Ihnen nicht gelingen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, Sie können – Herr Dr. Flecker – links antäuschen, wie Sie wollen, und dann rechts vorbeifahren oder rechts antäuschen und links vorbeifahren, fest steht doch, im Landesschulrat, wenn Sie sich die einzelnen Dinge anschauen, wird längst rot-blau gespielt. Stadler-Kaller ist der Einheitsname für immer wieder neue Varianten für neue Posten und Postenbesetzungen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist doch eine Frechheit, sag mir einen freiheitlichen Schuldirektor oder Bezirks-

schulinspektor oder Landesschulinspektor!") Und, meine Damen und Herren, das ist der Punkt. Und was den Landesschulratspräsidenten anlangt, Sie alle wissen, das ist eine politische Bestellung. ÖVP und SPÖ haben eine Halbzeitlösung für den Präsidenten vereinbart.

Meine Damen und Herren, wir haben in Regierung und Landtag den Mandatsgleichstand. Sie hätten, ich meine die SPÖ, auch anerkennen können, daß wir die stimmenstärkste Partei sind. Wir haben eingewilligt, obwohl wir für einen anderen Kandidaten damals die Stimmenmehrheit für die ganze Periode bekommen hätten. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Von wem?“) Und – meine Damen und Herren – darf ich eines sehr klar sagen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Von uns, moment!“): Wir wollten, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, die Zusammenarbeit – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Von wem hättet ihr die Mehrheit bekommen?“) Nicht immer, wenn du schreist, meine ich dich!

Meine Damen und Herren, wir wollten die Zusammenarbeit mit der SPÖ nach einer Periode der Blockaden wieder intensivieren. Wir haben die Hand weit ausgestreckt, Sie haben das auch ausgenützt, und Sie haben „vertrauensbildende Maßnahmen“ verlangt. Das ist in den ersten Monaten und Jahren sehr oft gefallen – insbesondere „vertrauensbildende Maßnahmen“, meine Damen und Herren (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das waren Posten!“), wohl auch im Personalbereich. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Also gibst du es zu!“) Und ich höre heute von meinem Vordner, die SPÖ-Spitze habe von Absprachen nichts gewußt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Vertrauensbildende Maßnahmen in allen Bereichen!“) Das ist mir neu, daß die steirische ÖVP mit sich allein Halbzeitlösungen ausgemacht hätte und über Postenbesetzungen gesprochen hätte. So können Sie nicht Kindesweglegung betreiben, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.) Die Halbzeitlösung im Landesschulrat war eine dieser „vertrauensbildenden Maßnahmen“. Vergessen Sie das nicht, meine Damen und Herren! (Abg. Mag. Bleckmann: „Es hat andere auch gegeben!“ – Abg. Ing. Peinhaupt: „Wie viele Maßnahmen hat es denn gegeben?“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, vergessen Sie das nicht, wenn Sie heute in eine andere Richtung tanzen! Wir halten uns daran. Was vereinbart ist, ist vereinbart, und wenn auch die Wahl der beiden Präsidenten laut einem von der FPÖ gebeten Gutachter, den ich schätze, rechtswidrig erfolgt ist, so bleibt sie laut dem gleichen Gutachter rechtswirksam. Ja, das Bundesministerium erklärt gestern wörtlich, daß „diese Bestellungen nicht nur rechtswirksam, sondern auch rechtmäßig“ sind. Also, meine Damen und Herren, was wollen Sie denn eigentlich? Sie wollen doch nur Verunsicherung, Neid und Abneigung schüren, um im sicheren Zielhafen der endgültigen Politikverdrossenheit zu landen, und die SPÖ macht mit. Von wem Sie da bestochen worden sind, das hätte ich gerne gewußt. Beide betroffenen Herren im Landesschulrat haben den Bescheid über die Bestellung angenommen, womit der Amtsverzicht des einen mit 6. Dezember 1998 und der Amtsantritt des anderen mit 6. Dezember 1998 rechtsgültig geworden ist. Nach der Veröffentlichung im Verordnungsblatt vom 4. Juli 1996 ist zu keinem der Bescheide innerhalb

der Frist von sechs Wochen ein Einspruch gekommen. Der Akt ist und bleibt daher rechtsgültig. Nochmals zitiere ich Prof. Pauger, der sagt: „Die befristeten Bestellungen sind rechtswirksam. Am 6. Dezember 1998 wechselt demnach das Amt des Amtsführenden Präsidenten vom bisherigen Amtsinhaber zum jetzigen Vizepräsidenten des Landesschulrates. Diese Fakten sind vom Landesverfassungsdienst und vom Unterrichtsministerium vollinhaltlich bestätigt.“ Meine Damen und Herren! Es geht daher nicht darum, daß einer zurücktritt oder nicht zurücktritt. Ich lese heute in der „Neuen Zeit“, der amtierende Präsident wird nicht zurücktreten. Richtig. Er braucht nicht zurückzutreten, und er kann auch nicht zurücktreten, er ist schlicht und einfach per 6. Dezember 1998 nicht mehr Präsident. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eine Grundsatzposition der steirischen Volkspartei: Wir sind nicht dazu bereit, heute alles über den Haufen zu werfen, nur weil plötzlich die SPÖ mit den Freiheitlichen gemeinsame Sache machen will. Ich erinnere die SPÖ an ihre eigenen Aussagen im Landtag (März 1996 Flecker und Ussar und Juni 1997): Damals hat es ein klares Bekenntnis dazu gegeben, daß es sich beim Amtsführenden Präsidenten um eine politische Funktion handelt und daß die Parteien das Nominierungsrecht haben. Wir stehen auch heute dazu. Ich sage Ihnen, es wirft auf die SPÖ und auf die Zusammenarbeit, die wir wollen, aber die Sie uns sehr schwer machen in den letzten Monaten, kein gutes Licht, wenn Sie am Ende der Amtszeit des roten Präsidenten Stadler die Rechtsunsicherheit entdecken. Es ist sehr viel mehr als nur ein schaler Beigeschmack, wenn Sie nach fast zweieinhalbjähriger Entdeckungsreise drei Tage vor Amtsantritt des ÖVP-Kandidaten nach reichlicher, langer Überlegungszeit die Überzeugung vorgeben, rechtens sei etwas auszusetzen, der Präsident müsse noch eine Weile im Amt bleiben. Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch, aber diese Politik richtet sich doch von selbst. Sie möchten mit großem und lautem Getöse von Ihren eigenen Fehlern ablenken und so tun, als träge die ÖVP Schuld, wenn SPÖ und FPÖ etwas auspackeln. Und Sie wollen unter dem Titel „Recht“ Vereinbarungen demokratischer Parteien, von der ich allerdings gerade höre, daß die SPÖ nichts gewußt hat, wenn schon nicht außer Kraft setzen, denn das können Sie im Zusammenhang mit dem Präsidenten des Landesschulrates gar nicht, so doch erheblich in Zweifel ziehen. Offensichtlich ist die SPÖ wieder dabei, in die alten Zeiten des Anpatzens zurückzufallen. Mit uns geht das nicht, denn ich bin bisher davon ausgegangen, daß es auch bei Ihnen so etwas wie Vertragstreue gibt. Franz Hasiba und Gerhard Hirschmann sagen mir immer, wenn man mit dem SPÖ-Vorsitzenden etwas ausmacht, dann ist es oft schwer, bis man dazu kommt, aber dann hält das. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Bis zum Untergang!“) Ich habe Zweifel, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Oder Sie haben nicht das Sagen in der SPÖ, es hat jemand anderer sozusagen für Sie die Dinge übernommen. Denn ansonsten, auch wenn Sie nicht selbst etwas ausmachen, aber namens der SPÖ etwas ausgemacht wird, und bitte, sind Sie mir nicht böse, muß es doch halten, wenn es ausgemacht wird. Es wäre sonst die Zusammenarbeit sicherlich nur sehr schwer möglich. (Landeshauptmannstellvertreter

DDr. Schachner-Blazizek: „Wir werden es einhalten!“ Okay. Dann hätten wir den Sonderlandtag nicht gebraucht und dann bräuchten wir nicht herumzufaxen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist eine andere Sache!“) Ich gehe davon aus, daß es unter politischen Parteien in Zeiten, wo der eine und der andere nicht allein auf der Welt ist, so etwas wie Vertragstreue und so etwas wie Vereinbarungsmöglichkeiten gibt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das wäre schön, wie ist das mit der eigenen Partei?“) Wir stehen zu unserem Wort, auch wenn die Winde schärfer wehen und auch selbst dann, meine Damen und Herren, wenn wir allein bleiben sollten: Ich sage Ihnen nur eines zum Schluß: Handschlagqualität hat man oder man hat sie nicht. (Beifall bei der ÖVP. - 14.23 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Wabl (14.24 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich könnte es mir jetzt sehr leicht machen und als Abrundung hier zum Ausdruck bringen, daß diese Diskussion, diese gegenseitigen Schuldzuweisungen über Proporz, Parteibuchwirtschaft, nicht nur mich, sondern vor allem uns Grüne und all jene, die demokratisch gesinnt sind, vor allem aber auch die Jugend und die Bevölkerung dieses Landes, mehr als verunsichert, mehr als abstoßt. Ich könnte das Wort des legendären Wiener Bürgermeisters zitieren, der einmal gesagt hat, als er frischer Unterrichtsminister geworden ist, daß ihn diese Parteibuchwirtschaft, diese Packelei im Schulwesen, ankotze. Er war dann nicht lange Unterrichtsminister, was nicht heißen soll, daß er deshalb diesen Posten verlassen hat. Er ist dann Wiener Bürgermeister geworden, wo solche Strukturen nicht unbekannt sind, und er hat damit zum Ausdruck gebracht, was jeder Mensch, der mit den Dingen befaßt ist, und ich will hier niemandem nahetreten (der Kollege Ussar sitzt da), was jeder Mann, was jede Frau in diesem Lande, aber nicht nur in der Steiermark, weiß, daß zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg Proporz und Parteibuchwirtschaft, gerade im Schulwesen, eine sehr wesentliche Rolle gespielt haben. Mich irritiert das vor allem deshalb, weil gerade in der Schule, wo junge Menschen auf das Leben vorbereitet werden, wo junge Menschen kritisches Denken lernen sollen, wo Gesinnungszwang, wo Parteibuchwirtschaft keine Rolle spielen sollte, sondern das Erziehen zum kritischen, mündigen Bürger und zur Bürgerin, diese Dinge nicht passieren dürfen. Gerade der Schulbereich ist ein Musterbeispiel. (Klingelzeichen des Präsidenten. - Präsident: „Das gebührt dem Redner, um ihm die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken!“) Danke, Herr Präsident. Mir ist schon klar, daß, wenn jemand von einer kleineren Fraktion spricht, irgendwo das Hauptgeplänkel schon vorbei ist und die Giganten die Bühne verlassen haben. Vielleicht ist es doch sinnvoll, wenn Sie mir als einem, der diese Entwicklung, diesen roten Faden seit den fünfziger und sechziger Jahren selber sowohl persönlich, familiär und auch später im Berufsleben miterlebt hat, der das mitverfolgt hat und der das mitkritisiert hat, vielleicht doch ein bißchen meinen Vorstellungen folgen. Man

sollte solche Situationen, solche Verhältnisse, anhand von Beispielen etwas plastischer aufzeigen. Eines sei dem vorausgeschickt: Leider Gottes ist durch die Bundesverfassung die Parteibuchwirtschaft, der Einfluß der Parteien im Schulwesen, praktisch festgeschrieben. Ich möchte auch vorausschicken, daß wir Grüne der Meinung sind, diese Parteibuchwirtschaft zurückzudrängen, gehen aber davon aus, daß wir sie nie ganz abschaffen können. Ich weiß aber schon, daß das Argument kommen soll und kommen wird, wenn jemand bei einer Partei ist, soll er deshalb keine Nachteile haben. Das war ja fast nie der Fall. Aber es ist auch klar, daß die mächtigen Parteien in dem Lande das Schulwesen und die Möglichkeiten, Lehrer irgendwo hinzusetzen, dazu benützen, um parteipolitischen Einfluß zu gewinnen, sei es über Bürgermeister, Vizebürgermeister, Spitzenkandidaten und so weiter. Das ist ja auch leidlich ausgenutzt worden. Aber ich erzähle Ihnen ein Beispiel eines Falles aus der Oststeiermark. Ich sage nicht, wo das war, um nicht diesem Menschen hier nahezutreten. Es war - und das möchte ich hier vor allem Gott sei Dank durch die Berichterstattung, durch die verstärkte Ausbildung in der Schule, wir stellen immer mehr fest, daß unsere Jugend kritischer geworden ist, sind diese ganz starren Strukturen etwas aufgeweicht worden. Es gibt sogar schon Direktoren, die keiner Partei angehören. Es gibt Direktoren, und es gibt auch Lehrer, die Erfolg gehabt haben, die keiner Lehrervereinigung beigetreten sind, vor allem nicht einer Lehrervereinigung der beiden Großparteien und trotzdem sich durchgesetzt haben. Aber ich erzähle Ihnen da ein Beispiel, das symptomatisch ist. (Präsident: „Entschuldigung, Herr Abgeordneter, wenn ich Sie kurz unterbreche.“) Das Gebot, dem Redner die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen oder zumindest ihn ordentlich in einer ruhigen Atmosphäre sprechen zu lassen, gilt auch für die Zuschauergalerie!“) Es ist offensichtlich doch so in dem Lande, ich wiederhole nur das, daß ohnedies die meisten wissen, daß es eine Parteibuchwirtschaft und einen Proporz gibt, und im Grunde genommen gibt es den seit Jahrzehnten, alle wissen darum, aber es regt dies offensichtlich niemanden mehr auf, deswegen muß sogar der Herr Präsident hier dafür sorgen, daß man zuhört. Vielleicht ist es meine Wortmeldung, wo man sagt, das wissen wir eh schon. Aber trotzdem werde ich mich hier bemühen, einige Dinge klarzustellen. Frau Landeshauptfrau, vielleicht darf ich das hier erzählen, ein sehr engagierter, qualifizierter Lehrer in der Oststeiermark war vorgesehen für höhere Positionen, Direktorenposten, Bezirksschulinspektor, wobei ich heute der Meinung bin, im Zeitalter der Vernetzung, daß der Bezirksschulinspektor und auch der Bezirksschulrat abgeschafft gehören, das brauchen wir heute nicht mehr. Es gibt Bezirksschulinspektoren, die sind eher hinderlich dem ganzen Bewegungsablauf oder dem ganzen Ablauf in der Schule. Das sind die letzten freischaffenden Künstler, weil sie sind dem Bezirkshauptmann nicht unterstellt, der Landesschulrat ist weit. Hier habe ich so selbst meine Anmerkungen und meine eigenen Beobachtungen. Aber dieser Lehrer war hoch qualifiziert, und dann hat es sich ergeben, daß in dieser Stadt ein Direktorenposten in einer Hauptschule freigeworden ist. Er war Mitglied des Österreichischen Lehrerbundes. Für alle, die Bescheid wissen, er ist damit

automatisch Mitglied der ÖVP, ohne daß ich hier jetzt eine Wertung vornehmen will. Und dann ist es darum gegangen, daß im Gremium, wo es angeblich um Objektivität geht, daß man versucht hat, diesen Lehrer dort für diesen Schulleiterposten in Stellung zu bringen. Und dann ist es passiert, dann hat man ihm nahegelegt, er kann zwar Direktor dieser Schule werden, aber die beiden Großparteien haben sich eingehend verständigt, daß er dem SLÖ beitreten muß und sogar der SPÖ. Er ist dann beim Lehrerbund ausgetreten und dann dem SLÖ beigetreten und ist dann ein sehr guter, sehr qualifizierter und sehr engagierter Hauptschuldirektor geworden. Und die Geschichte hat auch noch ein Ende, Frau Landeshauptfrau, Kollege Schützenhöfer, mir ist schon klar, daß du bei mir nicht mehr zuhörst, aber das macht nichts. Und dann, als er in Pension gegangen ist, ich war damals noch bei der SPÖ, habe ich ihn einmal getroffen, und dieser Direktor hat mir dann erklärt, daß er in der Nacht nicht mehr schlafen kann, das macht ihn ganz fertig, daß er noch immer beim SLÖ ist und bei der SPÖ, das ist nicht seine Gesinnung, nicht seine persönliche Überzeugung. Er ist dann ausgetreten und hat sich quasi dafür entschuldigt. Ein Beispiel für viele, das wahrscheinlich seitenverkehrt genauso zu erzählen sein wird und das hier davon spricht und davon zeugt, daß in der Steiermark – ich will gar keine Schuldzuweisungen jetzt vornehmen – dieses System perfekt funktioniert. Ich weiß nicht, wie viele Direktorenposten inzwischen die FPÖ in diesem Kräfteparallelogramm bekommen hat (Abg. Mag. Bleckmann: „Null!“), Null. Also das zeigt, daß ihr noch nicht entsprechend eingebunden worden seid, wobei ich auch für eure heutige Argumentation am Schluß noch eine kleine Überraschung parat habe und gleich hinzufüge, daß es offensichtlich so ist, wenn jemand an die Macht kommt, daß dann alle Grundsätze von Gesinnungsfreiheit, von Meinungsfreiheit, von Objektivität mehr oder weniger über Bord geworfen werden.

Und zwei andere Beispiele noch, die zeigen, wie Minderheiten in der Schule behandelt werden. Wir haben in Mürzzuschlag – der Kollege Vollmann ist jetzt nicht da – einen Direktor Günter Janz, der die Qualifikation hätte für das pädagogische Zentrum. Er war der einzige Bewerber, ist dann nicht ernannt worden für das sonderpädagogische Zentrum, weil er praktisch offensichtlich nicht die entsprechende Parteifarbe aufgewiesen hat. Ein höchst deprimierender Zustand, der einiges Nachdenken verursacht. Oder in Feldbach, hier hat es auch in der Sonderschule eine Entscheidung gegeben, die weder von den Lehrern noch von den Eltern goutiert worden ist. Wobei ich zum Problem Parteibuchwirtschaft eines sagen möchte – und das sage ich hier auch aus ehrlicher Überzeugung –, daß der Herr Präsident Stadler meiner Einschätzung nach, wobei ich diese letzte Aktion hier verurteile, ich bin der Meinung, daß solche Absprachen über Postenbesetzungen wirklich zum Kotzen sind und auch anstößig sind, aber der Präsident Stadler hat tatsächlich zumindest den Versuch unternommen, dieses starre System der gegenseitigen Zwangssituation etwas aufzulockern. Es gibt ein Beispiel aus dem Bezirk Feldbach, weil die Kollegin Beutl früher hier apostrophiert worden ist, wo es einen roten Kandidaten und einen schwarzen Kandidaten gegeben hat, und dann ist ein unabhängiger Kandidat zum

Hauptschuldirektor ernannt worden. Gott sei Dank. Aber eine Sternschnuppe am Horizont und ein Signal am Himmel, wo ich sagen muß, daß mich dieses Beispiel tatsächlich gefreut hat.

Und der Kollege Flecker, er ist noch da: Lieber Kurt Flecker, es steht mir nicht zu, und ich will mich auch in eure Koalitionskämpfe hier gar nicht einmischen. Daß diese Bestellung von zwei Landesschulratspräsidenten mehr oder minder mit der Halbzeitlösung eine Parteibuchpackelei war und eine Einigung, weil ihr beide gleich stark seid, die praktisch nicht zu umgehen war, weil man sich auf keinen geeinigt hat, das ist unbestritten. Das wirst ja du auch nicht bestreiten. Aber was mich in diesem Fall stört, wenn man das schon ausgepackelt hat und wenn man es ausgehandelt hat und wenn man es in den Gremien beschlossen hat, die verfassungsmäßig dafür vorgesehen sind, dann sollte man sich auch daran halten, das ist meine persönliche Meinung. Ich halte nichts davon – ich werde daher dem Entschließungsantrag nicht zustimmen –, daß man jetzt sagt, der Präsident Stadler soll jetzt bleiben so lange, bis das geklärt ist, weil das kann lange dauern. Ich sage, wenn so etwas beschlossen worden ist, dann sollte man so fair sein, Handschlagqualität haben und vor allem politische Courtoisie und Fairneß an den Tag legen, daß man diese Vereinbarung einhält. Das sage ich hier mit aller Deutlichkeit, obwohl ich jemand bin, der den Präsidenten Stadler seit 30 Jahren kennt, der auch sein Engagement schätzt. Ich lasse diese letzte Aktivität hier beiseite, aber ich würde an euch appellieren, daß ihr, wenn ihr damals schon dieses Agreement oder diese Proporzvereinbarung geschlossen habt, euch daran haltet. (Abg. Dr. Flecker: „Wir stehen ja dazu, aber ich habe gesagt, bis die verfassungsrechtliche Klärung da ist!“) Kurt, du kennst die Vorlaufzeiten für verfassungsmäßige Klärung. Was machst du, wenn das in zwei Jahren erst geklärt wird? (Abg. Dr. Flecker: „Ein Gutachten!“) Und du kennst auch die Position zu Gutachten. Es gibt drei Gutachten oder drei Gutachter, drei Juristen und fünf Meinungen. Ich appelliere an euch, ich sage es ganz offen. Ich würde es für unfair halten, wenn man zuerst etwas ausmacht, zuerst etwas paktiert, zuerst etwas beschließt und mittut, damit das über die Bühne geht, und dann auf einmal – wie ein Wink vom Himmel – das aufgreift, damit man seine eigene politische Bastion oder seine eigene politische Stärke einzementieren will. Das sage ich ungeachtet dessen, daß ich den Präsidenten Stadler für einen Menschen halte, der sich bemüht hat, dieses unselige Proporzsystem aufzulösen, und das sage ich auch, obwohl ich seinen Nachfolger nicht in der Form beurteilen kann. Aber hier geht es darum, daß man einfach Beschlüsse oder Abstimmungen, die getroffen worden sind, auch einhält. Das wäre mir besonders wichtig. Aber die Kollegin Bleckmann ist leider Gottes schon weg. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ich bin da!“) Du bist zwar für mich natürlich in jeder Beziehung ein mächtiger – so wie ich glaube – Vertreter von ihr, kein so reizender, und mit reizend meine ich jetzt, daß sie uns reizt sehr wohl oder sehr oft. Kollege Vesko, ich möchte dir etwas zur Erinnerung mitgeben, möchte jetzt aber nicht in das einstimmen, und zwar Namen aufzählen, denn das tut uns allen nicht gut, wenn wir politische Debatten darauf reduzieren, daß wir Namen über Personen, die gefallen sind und die ohnedies zurück-

getreten sind, daß man das gegenseitig aufrechnet. Wir Grünen haben Gott sei Dank hier eine reine Weste. (Beifall bei den Grünen.) Zählt mir einen auf oder zählt mir einen Vertrag auf, den wir über Machtverteilung geschlossen haben. Ich gebe euch zur Erinnerung und zum Studium mit die Vereinbarung zwischen der FPÖ Kärnten und der Kärntner ÖVP. Kennst du diese? (Abg. List: „Danke, Martin!“) Bitte, gerne geschehen. Wenn jemand von den Freiheitlichen hier auftritt und sagt, diese Parteibuchwirtschaft ist zum Kotzen, so verweise ich auf das Papier, welches von Jörg Haider unterschrieben ist, in dem wirklich alles und jeder Posten in Kärnten vorausgeregelt, abgesprochen und parteibuchmäßig aufgeteilt ist. Das ist damals zwischen Zernatto und Haider nach der letzten Landtagswahl entstanden. Es hat dann aber eine Korrektur gegeben, weil die Schwarzen gemerkt haben, daß die Freiheitlichen das übernommen haben. Dort steht interessanterweise drinnen, weil ihr immer von Parteibuchwirtschaft spricht, die FPÖ erhält den Landesschulratspräsidenten, das Vorschlagsrecht bei den Positionen, knapp vor Krainer, das ist aber nicht der von der Steiermark, ich weiß nicht, was das heißt, erhält die ÖVP. Dann geht es so weiter. Die FPÖ besetzt die Position des Vorsitzenden des KWV. Das heißt wahrscheinlich Kärntner Wirtschaftsverein. Weiters: die FPÖ erhält den Vorsitz im Arbeitnehmerförderungsbeirat und so weiter. Den Vorsitz in der Landesholding hat die FPÖ, der Kurator wird einvernehmlich bestellt; die Regierungssitzung wird im Einvernehmen zwischen und so weiter beschickt; die Obmänner der Sozialhilfverbände sind mit ÖVP- und FPÖ-Personen zu besetzen, wobei in jenen Bezirken, wo die FPÖ und so weiter. Wer im Glashaus sitzt soll nicht mit Steinen werfen. Du wirst mir recht geben. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir sind in der Steiermark!“) Das ist richtig, wir sind in der Steiermark, Gott sei Dank. Aber wenn euer großer Vorsitzender solche Verträge abschließt, dann ist die Glaubwürdigkeit nicht unbedingt die beste. Ich darf dir dieses Papier überreichen. (Beifall bei den Grünen.)

Ob wir eine Ampelkoalition machen, das steht nicht zur Debatte. Es geht um die Frage, ob man mit Inhalten Vereinbarungen abschließt und daß man etwas weiterbringen will für die Bevölkerung und für die Menschen in dem Land, oder ob man etwas auspackelt und Objektivität, Qualität und Qualifikation in den Hintergrund schiebt und sagt, das ist ganz Wurscht, denn in dem Fall wird das rot besetzt und das schwarz. Das ist der Stein des Anstoßes, und das ist jene Geisteshaltung, die sich in Österreich, vor allem aber in der Steiermark, seit dem Krieg hier verfestigt hat. Wir erleben es ja auf der Ebene der Landesregierung.

Seit dem die beiden Parteien gleich stark sind, sind hier offensichtlich die Bestrebungen im Gange, möglichst gleich stark die Positionen zu verteilen. Die SPÖ ist schon fortgegangen? Kollege Majcen handelt offensichtlich den Text aus, wie man sich wieder versöhnt. Das freut mich. (Abg. Majcen: „Zusammenarbeit ist alles; Menschen müssen miteinander sprechen!“) Das ist sehr erfreulich. Zuerst geht man aufeinander los, und dann versöhnt man sich wieder. Du warst gestern ein bißchen aufgeregt, aber offensichtlich ist der Weg zur Harmonisierung und zur gemeinsamen Arbeit

wieder freigeschaufelt oder freigemacht. Ich hätte am Schluß noch einen Entschließungsantrag einzubringen, der sich darauf bezieht, was ich schon am Anfang gesagt habe.

Kurtl, warum sind von der SPÖ alle hinausgegangen? Habt ihr eine Pause gebraucht? Kollege Flecker, warum sind alle fortgegangen? (Abg. Dr. Flecker: „Weil du redest!“) Danke, das ist sehr demokratisch und ehrt mich direkt. (Abg. Dr. Flecker: „Ich bin ehrlich!“) Mich wundert es nur, denn ich habe eigentlich keine gehässigen Attacken geritten. (Abg. Mag. Zitz: „Das ist die Frechheit der SPÖ.“) Es wundert mich nur. Es freut mich, daß ihr mir zuhört. Offensichtlich haben alle etwas anderes zu tun. Das ist schon in Ordnung. Es steht mir auch nicht zu zu kritisieren. Die Uhr blinkt schon, daher muß ich meine Wortmeldung beenden. Ich möchte nur mehr den Entschließungsantrag vorlesen, der dort anknüpft, wo ich begonnen habe.

Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, eine Regierungsvorlage zur Novellierung von Artikel 81 a, B-VG, im Nationalrat einzubringen, wonach der Landesschulrat und die Bezirksschulräte aufzulösen sind, nachdem diese proporzmäßig zusammengesetzt sind, und zwar, weil ich glaube, daß eine solche Strukturereinigung ein erster Schritt wäre, um sichtbare Zeichen in Richtung Abschaffung des Proporz zu setzen. Ein Letztes: Ich bin überzeugt davon, und viele sagen das auch in vertraulichen Gesprächen, daß der Proporz und die Parteibuchwirtschaft in der Form nicht nur im Schulbereich, sondern auch in anderen Bereichen, geeignet sind oder leider Gottes Ursache dafür sind, daß die Leute über die Politik im allgemeinen angefressen sind. Im Sinne der Zukunft unserer Kinder, die unsere Hoffnung sind, sollte man jene, die mächtig sind, abrüsten; und nicht immer vom anderen verlangen, daß er abrüstet. Man sollte vielmehr selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Danke! (Beifall bei den Grünen. - 14.45 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Präsidenten Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

**Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko (14.45 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Meine Damen und Herren!

Ich habe mit Interesse, Frau Landeshauptmann, die Beantwortung unserer Dringlichen Anfrage verfolgt und Ihren flammenden Appell an die Objektivierung und die besondere Hervorhebung, die lobenswert ist in anderen Bundesländern, was das steirische Objektivierungsgesetz im Schulbereich betrifft gehört, und ich teile Ihre Meinung. Selbstverständlich ist es ein gutes Werk, und es ist ein hervorragendes Werk. Nur eines haben Sie dabei vergessen, man muß sich auch daran halten, das ist das entscheidende, man muß sich daran halten. Wie es zu dem Gegenstand der heutigen Diskussion gekommen ist, ist kein Zeichen dafür, daß es sich um eine besonders objektivierte Handlung handelt. Wenn der Kollege Schützenhöfer davon spricht, diese Art des Doppelpacks war eine vertrauensbildende Maßnahme, dann mag das für seine Fraktion durchaus stimmen. Eines hat er aber dabei

vergessen: Mit diesem Beschluß Doppelpack ist eine zweite Vereinbarung getroffen worden, nämlich die Vereinbarung, in allen Bereichen miteinander zu stimmen, in allen Bereichen miteinander zu gehen. (Abg. Majcen: „Ist ja nicht wahr!“) Selbstverständlich, das ist doch hinlänglich bekannt. Diese Vorgangsweise hat doch zweieinviertel Jahre gehalten. Wunderbar. (Beifall bei der FPÖ.) Wir haben in der Zwischenzeit zig, wenn nicht Hunderte Bestellungen nach diesem System, wie Sie es im Sinne der Objektivierung sehen, über die Bühne gebracht, Hunderte. Wenn du, lieber Kollege Schützenhöfer, von Weinhandel gesprochen hast, darf ich dir etwas vorlesen, das deiner geschätzten Aufmerksamkeit vielleicht entgangen ist: Die Steiermärkische Landesregierung hat am 1. Juli 1996 folgenden Beschluß gefaßt, unter anderem mit einer weiteren Person. „Es wird daher der Antrag gestellt, die Steiermärkische Landesregierung wolle beschließen:

Erstens: Mag. Ewald Weinhandel wird für die Dauer der Verwendung als Büroleiter beim Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates ab 1. Juli 1996 bis längstens 5. Dezember 1998 bestellt. Welch wunderbare Fügung, daß das Datum ausgerechnet mit jenem Tag zusammenfällt, wo – (Abg. Majcen: „Ist ja wohl klar!“) Selbstverständlich ist das klar, und selbstverständlich war das so festgelegt. Es steht dann weiter, eine entsprechende Position in der Entlohnungsgruppe findet. Das war die Entscheidung, die ihr getroffen habt. Wenn du jetzt herausgehst und sagst, Freunde, das ist unser Mann, dann muß ich dir ganz ehrlich sagen, gegen diesen Regierungsbeschluß hat unser Regierungsmitglied gestimmt. Du kannst daher nicht sagen, daß das unser Paket ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte aber aufzeigen, wie sensationell gut diese Objektivierung des steirischen Modells hier funktioniert, weil ich aus – und das können andere auch – vielen Bereichen heraus unmittelbare Berichte habe, wo und wie Direktoren bestellt werden. Ich denke an Bad Aussee, ich denke an viele andere Orte. Ich nehme nur Bad Aussee heraus, weil es mir am nächsten liegt, wie lange es gedauert hat, bis es der ÖVP gelungen ist, den Mann, der an der sechsten Position war, zu bekommen. Da hat ein Bezirksschulrat die anderen zu Unterschriften nötigen wollen, wenn man das sanft ausdrückt, und ähnliches mehr. Aber da beginnt der Postenschacher nicht, dort ist er ja schon nahezu am Ende. Beginnen tut er bereits bei den jungen Studenten auf den Akademien, wo die Funktionäre des sozialistischen und des ÖVP-Lehrerbundes hergehen und die jungen Inskripten, die sich dort auf ihre Berufslaufbahn vorbereiten, auffordern, ihren respektiven Organisationen beizutreten, weil sie sonst – und das ist die Argumentation in diesem Werbegespräche – ja auf der schulischen Ebene keine Chance haben, irgendeine Form der Karriere zu machen. Und daß das der Fall ist, kann ich aus der eigenen Familie direkt bestätigen.

Ich glaube, daß man hier sehr viel tun muß, um das Vertrauen der Lehrerschaft in diese Organisationen wieder herzustellen. Kollege Flecker hat uns eine Liste von Verfehlungen im Rahmen der Freiheitlichen vorgelegt. Ich könnte jetzt diese Liste erwidern. Ich habe

sie mit, man könnte ein Kabinett damit füllen, was an Ministern hier den Hut hat nehmen müssen beziehungsweise von ordentlichen Gerichten entsprechend verurteilt worden ist für Verfehlungen, die sie begangen haben. Wir sollen uns das nicht aufrechnen. Ich habe aber, und ich sage das klar und deutlich, hier in der Steiermark klare und deutliche Verhältnisse, und die wollen wir auch haben. Ich nehme zur Kenntnis, daß es immer dabei bleibt, daß es dieselben Leute sind. Man wirft uns den Rader vor. Ich habe noch im Ohr, wie wir hier im Landtag gesessen sind und alle Fraktionen – übrigens ein einstimmiger Beschluß, der gefaßt wurde – sich einig waren darüber und es auch in ihren Wortmeldungen kundgetan haben, daß der beste Mann für diese Funktion gefunden wurde, wenn auch Kollege Flecker bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von Versorgung spricht und er uns die Freude macht, uns die Last abzunehmen. Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen einmal vor Augen führen, weil sich Kollege Schützenhöfer so vehement für unsere machtvolle Position im Landesschulrat ausgesprochen hat, nämlich negativ ausgesprochen hat, wie sehr wir dieses Gremium beeinflussen. Das Verhältnis ist sechs zu sechs zu drei. Die Pakte, die man geschlossen hat, ob sie jetzt halten oder nicht, wurden nicht mit uns geschlossen, sondern mit anderen. Es besteht also in dem Zusammenhang kein Problem. Nur eines bitte, wir haben keinen freiheitlichen Schuldirektor, wir haben keinen freiheitlichen Bezirksschulinspektor, wir haben keinen freiheitlichen Landesschulinspektor. Ich glaube auch mit Fug und Recht behaupten zu können, daß wir in der großen Domäne der Österreichischen Volkspartei, nämlich den Landwirtschaftlichen Schulen, nicht einmal einen freiheitlichen Lehrer haben. (Beifall bei der FPÖ.) Wobei es mir nicht darum geht, meine Damen und Herren, zu sagen, es könnte dort auch einer eingeschlichen worden sein oder es könnte vielleicht in der Zwischenzeit einen geben, Kollegen Riebenbauer, wenn du vielleicht einen weißt, der in der Zwischenzeit erkannt hat, daß er doch den falschen Weg gegangen ist und sich in der Zwischenzeit sich anders entschieden hat. Aber Wahrheit ist, bitte, daß dort in den Schulen nach Proporz beinhart Parteipolitik gemacht wird.

Und, Frau Landeshauptmann, Ihre Aussagen, die Sie sehr salbungsvoll und versucht, glaubhaft darzustellen, kann ich Ihnen leider Gottes auf Grund der Daten, die Ihre Fraktion beziehungsweise Ihre Partei setzt, nicht abnehmen. Und Sie sind dafür verantwortlich als Landesschulratspräsidentin in Ihrer Funktion mit Ihren Geschäftsführern, daß hier endlich Ordnung geschaffen wird. Die Entrüstung, die Kollege Flecker hier angebracht hat, meine Damen und Herren, die kann ich teilen. Ich könnte sie auf seine Partei ausdehnen. Nur, ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, wir bemühen uns redlich, ordentliche Verhältnisse in dieses Land hineinzubringen, und dem dient auch die Diskussion hier im Hause, um diese Dinge klar und deutlich festzulegen. Der Doppelpack, meine Damen und Herren, war zum Zeitpunkt der Beschlußfassung schon rechtswidrig, nicht erst heute, schon zum Zeitpunkt der Beschlußfassung. Und er ist wider besseres Wissen gefaßt worden. (Beifall bei der FPÖ.) Und dagegen haben wir uns damals und setzen wir uns heute entschieden zur Wehr. Meine Damen und

Herren, natürlich ist es schwierig, es ist traurig, wenn man seine Machtbereiche langsam schwinden sieht. Es ist ein ständiger Prozeß des Abbröckelns, und es ist bedauerlich, und ich habe Verständnis dafür, daß man darauf sehr sensibel reagiert. Nur, meine Damen und Herren, auf der einen Seite hier heraußen zu stehen und Wasser zu predigen und dann draußen Wein zu trinken, das werden wir uns auf die Dauer nicht gefallen lassen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich kann Ihnen nur eines sagen, wir werden hier in der Steiermark und überall anders nicht darauf verzichten, um mit aller Vehemenz dafür zu sorgen, daß Ordnung herrscht und daß Gerechtigkeit und Gleichberechtigung herrscht und daß unsere Jugend, in welcher Berufsgruppe immer und in welchem Bereich immer sie tätig ist, zur Schule geht oder sonstiges, die gleichen Chancen bekommt, egal, ob sie nun so oder so oder so politisch oder anderwärtig orientiert sind. Nur dann, meine Damen und Herren, sind wir in der Lage, jene vertrauensbildende Maßnahme, von der Kollege Schützenhöfer so salbungsvoll gesprochen hat, auch sicherzustellen. Wenn wir den jungen Leuten vorleben, wie es zu sein hat, und nicht über Politdrucks und ähnliche Maßnahmen parteipolitische Vorstellungen durchzudrücken und Machtpositionen abzusichern, die man längst real bereits verloren hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn das der Fall ist, meine Damen und Herren, und wenn es so weit ist, daß wir hier von der viel gesprochenen Zusammenarbeit dann auch über Resultate verfügen, dann können Sie auch, meine Damen und Herren, mit unserer Mitarbeit rechnen. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 14.56 Uhr.)

**Präsident:** Es hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz (14.56 Uhr):** Herr Präsident! Frau Landeshauptfrau! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Es war mir selten so peinlich wie heute, Landtagsabgeordnete zu sein. Und zwar deswegen, weil drei Regierungsparteien einen Sonderlandtag einberufen. Ein Sonderlandtag ist eines der härtesten Mittel, die man im Landtag anwenden kann. Und diese drei Regierungsparteien, die engstens miteinander verfilzt sind, die bereit sind seit vielen, vielen Jahren, gegenseitig in der Regierung Positionen so zu verschieben, daß immer jemand von ihnen zum Zug kommt, diese drei Parteien bitten heute, am Freitag nachmittag, Sie und uns ins Hohe Haus, und die drei Regierungsparteien, die werden sich hier Angesicht zu Angesicht mit Ihnen gegenseitig gnadenlos kontrollieren. Dieser Sonderlandtag, obwohl ich vom Inhaltlichen her jedenfalls dafür bin, daß die Vorgänge im Landesschulrat geklärt werden und entsprechend objektiviert werden, ist eine blanke parteipolitische Farce. Dieser Sonderlandtag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist der Auftakt zwischen einer rot-blauen Kooperation, die sich möglicherweise in die nächste Legislaturperiode fortspinnen wird, dieser Sonderlandtag ist der Beweis dafür, daß es in der Steiermark nach wie vor einen Proporz gibt, dieser Sonderlandtag ist der Beweis dafür, daß es nicht möglich war, ein gemeinsames pädagogisches Programm für das Land

Steiermark zu entwickeln, wo man sich überlegt, wie kann man modern, zeitgemäß unterrichten, wie kann man alternative Unterrichtsformen forcieren, wie kann man Schülern eine Qualität anbieten, unabhängig davon, ob es Kinder sind, die integrierte Zusatzbetreuung in Fürstfeld brauchen oder ob es lehrstellensuchende Leute sind, die aus dem Poly rausgeflogen sind und blöderweise ausländische Mädchen aus Bosnien sind. Diese Fragen sind in diesem Sonderlandtag nicht gestellt worden. Es ist in diesem Sonderlandtag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, und ich merke Ihre Emotionalisierung, und ich genieße es, – der Herr Kollege Gennaro sitzt da und lacht herzlich, weil er als bekannter gewerkschaftlicher Bildungsexperte für den Bereich besonders viel übrig hat – nicht zur Sprache gekommen (Abg. Gennaro: „Sie hätte ich schon gebildet!“), darf ich das fertigsagen, wie es Lehrern und Lehrerinnen geht, die nach kurzer Zeit „burn out“ haben, die nach kurzer Zeit merken, daß sie in der Schule das auffangen müssen, was die Gesellschaft und was Eltern einfach nicht mehr anbieten können und nicht mehr anbieten wollen. Es ist nicht zur Sprache gekommen, wie man eine Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungssystemen herstellen kann, und das alles dank einer Landesregierung, wo drei Parteien verfilzt miteinander sich die Posten hin- und herschieben, dank einer Landesregierung, die auf Grund des Proporz besetzt wird, dank einer Landesregierung, die darauf verzichten kann, eine Regierungserklärung zu den pädagogischen Zielen in der Steiermark abzugeben, und zwar mit Blickpunkt in Richtung Schüler und Schülerinnen, aber sehr wohl auch mit Blickpunkt in Richtung Lehrende beziehungsweise deren Interessenvertretung, wobei ich größte Schwierigkeiten habe, wenn diese Interessenvertretungen nach dem Proporz rot, schwarz und blau eingefärbt sind. Ein zweites Thema, und ich habe es vorher schon angesprochen. Ich denke, wenn Jugendliche und Schüler und Schülerinnen hier herinnen wären, würden sie sich mehr als wundern, daß drei Regierungsparteien, die im Frühjahr einen riesen Schüler- und Jugendlandtag abgehalten haben, ihnen das jetzt servieren. Das ist eine Peinlichkeit erster Klasse, daß die Freiheitlichen und die SPÖ und aus der Not heraus dann die ÖVP diesen Landtag zu diesem Thema einberufen. Wie schon gesagt, die Vorgänge im Landesschulrat halte ich für äußerst problematisch, und ich finde es legitim, daß darüber öffentlich in geeigneten Foren und nicht nur hinter verschlossenen Türen diskutiert wird, die die Regierungsvertreter und -vertreterinnen uns hier anbieten. Ein letzter Punkt noch: Es gibt in der Steiermark nach wie vor kein Objektivierungsgesetz. Es gibt in der Steiermark nach wie vor keine Klarheit, wie Posten vergeben werden: Es gibt zwei Chefs in der Energieholding Steiermark. Es gibt zwei Behindertenreferate. Es gibt zwei Kulturabteilungen, und es gibt zwei EU-Abteilungen, die immer in einer rot-schwarzen Variante mit blauen Einsprengseln und mit blauer Duldung besetzt worden sind. Deshalb kann ich den Antrag nur unterstützen, den Kollege Martin Wabl eingebracht hat. Eine sinnvolle Variante, daß wir in der Steiermark unfaire Postenvergaben von Hochkölfer über Konrad beziehungsweise durchaus problematische Postenvergaben im Landesschulrat sinnvoll diskutieren, wäre ein sofortiges Objektivierungs-

gesetz, Nummer eins, und das für alle Landesstellen, für alle Bezirksstellen und für alle staatsnahen Stellen durchzuführen, wie es auf Grund der politischen Verantwortung durch die Landeshauptfrau einfach der Landesschulrat ist. Das wäre die eine politische Vorgabe, und die zweite Vorgabe hat der Martin Wabl gebracht, nämlich eine sofortige Abschaffung des Proporz im Land Steiermark. Wir haben damit ein strukturelles Problem, und das wird sich durchziehen, und daran knappert die SPÖ und daran knappen die Freiheitlichen. Solange es keine klare Regierungsverantwortung gibt, werden diese Probleme immer an einzelnen Köpfen festgemacht. Und der einzelne Kopf kann dann der Kopf von Stadler und Lattinger sein, der einzelne Kopf kann, problematisch genug – ich sage das wirklich dezidiert –, der Kopf von Hochkofler und Konrad sein. Aber diese Variante, daß diese Leute dann auch auf unangenehme Weise in die Öffentlichkeit kommen, teils absolut selbst verschuldet und teils mitverschuldet von den Parteien, für die sie installiert wurden, kann in dem Moment zumindest relativiert, wenn schon nicht aufgehoben werden, indem es eine Abschaffung des Proporz gibt, indem es ein Objektivierungsgesetz für alle Postenvergaben gibt, und indem den Regierungsparteien klar ist, daß ein Sonderlandtag, wo die Regierung sich selber beinhaltet kontrolliert, eine der größten Peinlichkeit ist, die Sie mir in meinem kurzen Abgeordnetenleben bis jetzt beschert haben. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 15.03 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine verehrten Damen und Herren!

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen daher zu insgesamt drei Abstimmungen über drei eingebrachte Unselbständige Entschließungsanträge, wobei mir signalisiert wurde, daß jeweils über die einzelnen Punkte getrennt abgestimmt werden möge. Ich komme zunächst zum Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Konsequenzen auf Grund des Postenschachers im Landesschulrat. Ich nenne die Punkte im einzelnen, daß Sie auch inhaltlich noch einmal daran erinnert werden, worum es geht. FPÖ-Antrag.

Punkt eins: Der nun freiwerdende Posten des Landesschulratsdirektors möge neu ausgeschrieben werden. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich konstatiere die mehrheitliche Annahme des Punktes.

Zweitens: Die Position des Amtsführenden Landesschulratspräsidenten auf Grund der bisherigen rechtswidrigen Doppelbestellung möge neu ausgeschrieben werden. Bei Zustimmung bitte ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Punkt drei: Alle künftig zu besetzenden Abteilungsleiterstellen im Landesschulrat mögen öffentlich ausgeschrieben und somit objektiv besetzt werden. (Abg. Schützenhöfer: „Herr Präsident, zur Geschäftsordnung. Dieser Punkt wird erfüllt. Wir stimmen daher

dagegen. Das ist gängiges Recht, das wiederholen wir nicht, daß uns hinterher jemand sagt, wir wären gegen die Ausschreibung!“)

Ich nehme diese Wortmeldung zur Geschäftsordnung zur Kenntnis, lasse aber dennoch über diesen Punkt drei abstimmen. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Viertens: Bei sämtlichen öffentlich auszuschreibenden Stellen möge ein Hearing stattfinden. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt ist mit Mehrheit angenommen.

Fünftens: Das Versprechen der Bundesministerin Gehrler, den Postenschacher im Schulbereich abzustellen, möge auch wirklich umgesetzt werden. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Unselbständigen Entschließungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion. Auch hier wurde beantragt, die beiden Punkte getrennt abzustimmen.

Punkt eins: Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landesschulrat um folgendes zu ersuchen:

Erstens: Auf Grund der Tatsache, daß eine Rechtswidrigkeit der Halbzeitlösung gegeben ist, wodurch eine Rechtsunsicherheit besteht und nicht riskiert werden soll, daß Handlungen des Landesschulrates auf Grund rechtlicher Probleme nichtig wären, eine endgültige verfassungsrechtliche Klärung durchzuführen und Gutachten für eine Sanierung einzuholen, um zu einer korrekten Lösung dieser Situation zu kommen. Bis zum Vorliegen dieses Gutachtens soll der Amtsführende Präsident im Amt bleiben. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zweitens: Die Bestellung des Landesschulratsdirektors soll neu ausgeschrieben werden, um den entstandenen Eindruck politischer Abmachung zwischen der Präsidentin des Landesschulrates, dem Amtsführenden Präsidenten und dem Vizepräsidenten des Landesschulrates auszuräumen. Ebenso sind alle vakanten Abteilungsleiterstellen im Sinne einer Objektivierung zu besetzen. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Punkt zwei dieses Antrages hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen schlußendlich zum Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Wabl und Mag. Zitz. Hier handelt es sich um einen einzigen Punkt: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, eine Regierungsvorlage zur Novellierung von Artikel 81a des Bundes-Verfassungsgesetzes im Nationalrat einzubringen, wonach der Landesschulrat

und die Bezirksschulräte aufzulösen sind. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung der Sitzung ist somit erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Landtagssitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 15.09 Uhr.)